

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 2 Mal und ist durch die Expeditionen Neue Bräunerstr. 5/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Heft 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsbüro beträgt für die einjährige Colonietelle oder deren Raum 25 Wfg. Nachdrucker 25 Wfg. Inhaber der Colonietelle 15 Wfg. Zusätzliche 25 Wfg. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 15 Wfg. Inhaber für die nächste Nummer müssen die Vormittelung 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 296.

Breslau, Dienstag, den 19. Dezember 1911

22. Jahrgang.

Seht die Wählerlisten ein!

Bauern und Sozialdemokratie.

Auch die kleinen Bauern fangen an zu begreifen, wie wenig ihren Interessen durch die Großgrundbesitzergewalt der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte gedient ist. Die schwarz-blaue Finanzreform, die sie mit lebhaftem Unmut erfüllt, der sich bei den Wahlen sehr leicht in der einen Stimmzettel dokumentieren kann. Darum besetzen die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt als eine ihrer Hauptaufgaben, den Bauern vor der Sozialdemokratie zu warnen und sie durch die üblichen Bitterkeitsreden von der „Bauernfeindlichkeit“ der Partei zu überzeugen. Die ältesten schon hundertmal widerlegten Sagen werden zu diesem Zwecke aus der Kumpfkammer hervorgeholt. So soll Genosse Bebel auf dem Münchener Parteitag gesagt haben:

Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine sozialistischere, rücksichtslosere, brutaler, aber auch keine vorwärtigeren Worte gibt als unsere Bauern.

In Wirklichkeit sagte Bebel nicht „als unsere Bauern“, sondern „als unsere Agrarier“. Die Bauern sind ein Erwerbsstand, die Agrarier aber sind eine wirtschaftspolitische Gruppierung, die durch den Bund der Landwirte gebildet wird. Bebel hat das Treiben des Bundes der Landwirte gebührend kritisiert, die „Deutsche Tageszeitung“ führt keine Worte um zu einer Verteidigung der Bauern. Und das ist sie, obwohl sie auf ihren „Irrtum“ schon wiederholt aufmerksam gemacht worden ist. Mit der Wahrheit kommt man eben nicht aus, wenn man die Sozialdemokratie bekämpfen will.

Dann soll Genosse Kautsky auf dem Frankfurter Parteitag gesagt haben:

Die Bauernwirtschaft verewigen wollen, hieße die Barbarei verewigen wollen.

Auf dem Frankfurter Parteitag hat Kautsky überhaupt nicht gesprochen. Gemeint sind offenbar Verwerfungen, die er ein Jahr später, im Jahre 1895 auf dem Breslauer Parteitag gemacht hat. Was sagte Kautsky aber in Wirklichkeit? Er sprach von der traurigen Lage der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, deren Aufrechterhaltung ein Mittel sei, die Bevölkerung zu degenerieren und ließ seine Rede gipfeln in dem Sage:

Wir müssen zu dem verzweifelnden Bauern gehen und ihm an seiner Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturgemäß aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen könne.

An einer andern Stelle seiner Rede sagte Kautsky:

Man hat von den nagelbeschlagenen Schuhen der Bauern gesprochen, vor denen man sich zu fürchten hat. Vor den nagelbeschlagenen Schuhen dieser Schichten brauchen wir uns nicht zu fürchten, sie werden ausgebeutet von unseren Meistern, und wenn wirklich einmal die nagelbeschlagenen Schuhe eine Waffe im politischen Kampf werden sollten, werden sie sich gegen unsere Gegner wenden, nicht gegen uns.

Das ist nun der „Bauernfeind“ Kautsky, der nebenbei gesagt, einen großen Teil seiner Lebensaufgabe daran gewendet hat zu untersuchen, wie gerade der notleidenden Bevölkerung der Landwirtschaft zu helfen sei. Ist es doch überhaupt nichts weiter als ein leeres Spiel mit Worten, wenn man tut, als richte sich die sozialdemokratische Kritik bäuerlicher Betriebsformen gegen die Menschen, die diesen Kleinbäuerlichen Betrieben vorstehen.

Die Sozialdemokratie müßte ihre ganze Weltanschauung verleugnen, wenn sie nicht in dem Bauern, der hinter dem Pflug einherdreht, den arbeitenden Menschen achten sollte, dem sie einen menschenwürdigen Lohn für seine Mühe genau ebenso gönnt, wie dem Arbeiter der Industrie oder des Handwerks. Nach der Hauptaufgabe der Agrarier will die Sozialdemokratie „den Bauernstand vernichten“. Zu welchem anderen Zweck könnte sie das tun wollen, als um ihn in einer freieren, höheren Lebensform wieder auferstehen zu lassen? Menschen, die landwirtschaftliche Produkte erzeugen, sind unter jeder Gesellschaftsordnung notwendig. Auch unter der Herrschaft des Sozialismus wird man die Felder pflügen und das Vieh weiden. Arbeitende Landwirte wird es also immer geben und die Interessen dieser arbeitenden Männer und Frauen zu vertreten, ihnen zu einem freien, menschenwürdigen Dasein zu verhelfen, ist das Ziel der Sozialdemokratie.

Die agrarische Presse sucht aber den Bauern in Angst vor der „sozialdemokratischen Gefahr“ zu erhalten, um ihn die Sünden nicht merken zu lassen, die ihre eigenen Parteigänger, Zentrum und Konservative, an ihm begangen haben. Wer belästigt den Bauern mit dem ständig steigenden Druck der Kautsky'schen Droht, ihn durch eine frivole Kriegsbeize aus seiner friedlichen Tätigkeit herauszureißen? Wer verweigert ihm, die für einen großen Teil der Bauernschaft so dringend notwendige freie Einfuhr der Futtermittel? Wer

verteuert ihm Bier und Tabak, Kaffee und Strohholz durch indirekte Steuern? Was die Sozialdemokratie?!

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß ganz gut, wie das Verhalten ihrer Parteigenossen auf die kleinen Bauern gewirkt hat. Darum malt sie das rote Schreckgespenst riesengroß an die Wand. Aber die Fortschritte der Sozialdemokratie auch auf dem platten Lande, die von allen Seiten gemeldet werden, wird sie dadurch nicht aufhalten können.

25 Gründe,

keinen Liberalen zu wählen.

Die Liberalen treiben Rüstungs- und Kriegshetze.

Die Nationalliberalen sind seit jeher die Antreiber zu immer neuen Heeres- und Flottenrüstungen gewesen und haben stets durch eine engherzige nationalliberale Kabala von dem Gegensatz zwischen Deutschland und dem Auslande verdrängt.

Die Fortschrittler, die sich früher friedensfreundlich gaben und neue Rüstungen bekämpften, haben sich seit fünf Jahren auch auf diesem Gebiet zu nationalliberalen Auffassungen durchgemauert. Alle Heeres-, Flotten- und Kolonialausgaben werden jetzt von den Freisinnigen anstandslos bewilligt. Nirgends in der freisinnigen Aktion findet man mehr ein Wort gegen das internationale Rüstungstreiben.

Während in England nicht nur die Liberalen, sondern auch ein Teil der Konservativen für gute Beziehungen zu Deutschland eintreten, gefallen sich die Nationalliberalen in einer müßigen Englandhete, und die Fortschrittler bemühen sich, um ihre „nationale Gesinnung“ zu beweisen, es ihnen darin gleich zu tun.

Ueber das Verhalten der fortschrittlichen Presse während der Marokkokrise schrieb Genosse Eduard Bernstein jüngst im „Vorwärts“:

Ich habe es in diesen Monaten mit Entsetzen wahrgenommen, wie wenig Verlaß in Momenten internationaler Spannung selbst auf unsere besten bürgerlichen Blätter ist. Es alles darauf an, den Lesern das Spiel unmöglich zu machen, haben von denen, deren Velenntnis sie auf die Schanzen rufen mußte, die einen die Dinge laufen lassen, die andern es für richtig gehalten, ein bißchen mitzugehen.

Männer wie der alte nationalsoziale Imperialist Kaumann, wie Hauptmann, Eichhoff, Hecker u. a. machen aus ihrer nationalliberalen Gesinnung gar kein Geheimnis. Die Fortschrittler sind reif, sich mit den Nationalliberalen zu verschmelzen.

Darum muß jeder, der eine Politik des Friedens und des Rüstungseinstops will, mit der Sozialdemokratie gegen die Liberalen kämpfen.

Das Wahlbild in Schleswig-Holstein.

Mit der Wahlkarte: Wegen den schwarz-blauen Bloß ist in der Provinz Schleswig-Holstein nicht viel anzufangen. Die meermehrungene Provinz ist nämlich im Reichstage vertreten durch zwei Sozialdemokraten, fünf Fortschrittler, zwei Nationalliberalen, einen Dänen. Der einzige Wahlkreis, der von 1903 bis 1907 konservativ vertreten war, war der neunte (Plön-Lübentzen), das holländische Gebiet. Eigennützigweise wurde dieser Kreis, dessen Landbesitz fast ausschließlich aus Rittergütern und Nebelkassen besteht, schon im Jahre 1871 durch die Sozialisten erobert. Seit 1877 aber war er ununterbrochen zuerst durch einen Deutschkonservativen, dann durch einen Freisinnigen vertreten. Dieser wurde 1907 in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokratie durch den Freisinnigen verdrängt. In allen übrigen schleswig-holsteinischen Wahlkreisen — ausgenommen natürlich auch den ersten (Hadersleben-Sonderburg), wo der Däne eine bombastische Mehrheit hat — steht hauptsächlich die nationalliberale Partei und die fortschrittliche Volkspartei gegen die Sozialdemokratie in Kampffront. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen Schleswig-Holsteins repräsentieren eine besondere Couleur innerhalb ihrer Parteien. Sie stehen beide auf dem äußersten rechten Flügel; es ist nicht so ganz ungerade, die schleswig-holsteinischen Freisinnigen nationalliberal und die schleswig-holsteinischen Nationalliberalen freikonservativ zu nennen.

Bei der Wahl im Jahre 1907 verlor die Sozialdemokratie, trotzdem sie ihre Stimmengahl von 109.810 auf 113.348 erhöhte, von den fünf Wahlkreisen, die sie seit 1903 vertrat, drei und zwar den zweiten (Helsburg-Abenrode) an die Nationalliberalen und den sechsten (Emsbörner-Binnenberg) an die Freisinnigen. Diese drei Wahlkreise wiederzugewinnen wird die allererste Aufgabe unserer Partei sein müssen. Der siebente Kreis (Kreis Rendsburg-Neumünster) und der achte Kreis (Klitzing-Stormarn) besonders, deren Wahl als sicherer sozialdemokratischer Besitz angesehen werden.

Die Wiedergewinnung des Hensburger Kreises wird nicht leicht sein. Der Kreis wurde 1903 nur mit Hilfe der Freisinnigen und Dänen gewonnen, weil ein Antikandidat der liberalen Partei, der Vorwahlmann Kaack-Hamburg, mit der Sozialdemokratie in Stichwahl stand. 1907 wurde der Nationalliberale und Landbesitzer Dammesdorf mit Hilfe der Freisinnigen und antisemitischen Stimmen gegen den Sozialdemokraten in der Stichwahl gewählt. Das Stimmenergebnis bei der Hauptwahl war 1907: Sozialdemokrat 8339, National-

liberale 6981, Freisinnige 4968, Deutschsoziale 2359, Däne 2206. Ein sozialdemokratischer Sieg ist dann möglich, wenn der Sozialdemokrat mit den Nationalliberalen oder Antikandidaten in die Stichwahl kommt und soviel Stimmen in dem ersten Wahlgang erhält, daß die dänischen Stimmen zu seinem Siege genügen.

Auf die Stichwahlhüte der Freisinnigen ist auf keinen Fall zu hoffen, haben doch die Hensburger Antikandidaten mit dem Bunde der Landwirte jenes schmachvolle Bündnis abgeschlossen, nach dem sie dafür, daß ihnen die Wahl der Landtagsmandate verschaffen, den hundertfachen Reichstagsmandaten (den Antikandidaten), falls er mit der Sozialdemokratie in Stichwahl gelangen sollte, unterliegen müssen.

Den Emsbörner-Binnenberger Kreis, den wir von 1890 bis 1907, mit einer kurzen Unterbrechung von 1893 bis zu einer Nachwahl 1894 im Besitz gehabt haben, müssen und werden wir wiedergewinnen.

Nicht weniger als fünf mandataren Bewerber sah um das Mandat des Hensburger Kreises, nämlich ein sozialdemokratischer, freisinniger, antisemitischer, nationalliberaler und konservativer. Im Jahre 1907 wurde in der Hauptwahl abgegeben nur den Sozialdemokraten 3-60, den Freisinnigen 2841, den Antikandidaten 749 Stimmen. In der Stichwahl wurde der freisinnige Kandidat gewählt. 1903 war der Sozialdemokrat mit freisinniger Hilfe gegen den Antikandidaten gewählt worden. Die Wiedergewinnung des Kreises ist wohl nur dann möglich, wenn der Freisinnige aus der Stichwahl gedrängt wird. Die Wiedergewinnung des Hensburger Kreises und des Hensburger Kreises ist also sicher sehr schwierig, aber keineswegs vollständig ausgeschlossen.

Ein Kreis, der sich, wie ich schon am 12. Januar 1911, für die Sozialdemokratie recht sein wird, ist der fünfte (Zicksee-Steinburg). Schon 1871 und 1877 kam die Sozialdemokratie in diesem Kreise in Stichwahl. Dann wurde sie aus der Stichwahl verdrängt, nicht jedoch seit 1893 wieder mit von Wahl zu Wahl gesteigert. Stimmengahl in Stichwahl 1907 wurden abgegeben für den sozialdemokratischen Kandidaten 11.135, den nationalliberalen 10.109 und den freisinnigen 8894 Stimmen. Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 — dieses Resultat dürfte für die Beurteilung der Wahlausichten gescheiter sein, als das von 1907 — waren die Gegner insgesamt der Sozialdemokratie nur um 1200 Stimmen voraus.

Im dritten Wahlkreise (Schleswig-Gerrardsberg) werden wir mit den Freisinnigen oder Nationalliberalen in Stichwahl kommen. Wird der Nationalliberale der Stichwahlgegner, ist unser Sieg nicht ausgeschlossen, weil der nationalliberale Kandidat sich mit Paul und Haaren dem Bunde der Landwirte verschrieben hat. — Im vierten Wahlkreise (Sulzbach-Lübentzen) wird die Sozialdemokratie wieder mit 1907 den Ausschlag zugunsten der freisinnigen Kandidaten geben müssen. Im ersten Wahlkreise gegen den Nationalliberalen, im neunten Wahlkreise gegen den Dänen.

Kann über die Zahl der zu gewinnenden Mandate kein auch nur einigermaßen sicheres Urteil abgegeben werden, so ist doch mit Bestimmtheit ein gewaltiger Stimmengewinn zu erwarten. Hat sich doch die Zahl der Parteimitglieder in der Gesamtorganisation Schleswig-Holsteins von 22.571 im Jahre 1907 auf 41.887 im Jahre 1911 erhöht.

Politische Uebersicht.

Marokkanischer Epilog.

Als letztes von den Parlamenten der drei beteiligten Staaten hat die französische Kammer das dort zur marokkanischen Angelegenheit ergriffene, die nun hoffentlich endgültig der Vergangenheit angehört. Es liegt in der Natur der Sache, daß die französische Debatte, trotz der starken Beweglichkeit des gallischen Temperaments, im Grunde genommen doch weniger leidenschaftlich und spannungsvoll verlief als die vorausgegangenen Debatten im Deutschen Reichstag und im englischen Unterhaus. Das Gefühl einer abgeschlossenen Sache gegenüberzustehen, an der durch Reden nichts mehr geändert werden kann, hat die französischen Kammerverhandlungen beherrscht. Ganz Europa ist marokkanisch.

Die Fortsetzung der Diskussion über die Ereignisse des letzten Sommers scheint nur noch in einem Punkt der Mühe wert zu sein. Die Sünden, die dabei von allen Regierungen begangen wurden, mögen der historischen Kritik überantwortet sein, jetzt kann es sich nur noch um die Frage handeln, ob positive Maßregeln möglich sind, um die Wiederkehr solcher gefährdender Zustände zu verhindern.

Der Krieg, an dessen Schwelle man im Sommer dieses Jahres stand, wäre ein vollendeter Wahnsinn gewesen in den Augen derjenigen, die theoretisch an der Notwendigkeit und Berechtigung des Krieges festhalten. Man sagt uns, daß ein Staat zu den Waffen greifen muß, wenn er in seiner Existenz bedroht, oder in seiner Ehre schwer angegriffen wird. War Marokko für einen der beteiligten Staaten eine Existenzfrage? Selbst der überspannteste Nationalist wird das nicht behaupten können, und die paar allduischen Narren, die so tot sind jetzt durch die Tatsachen widerlegt. Marokko fiel unter französischem Protektorat, und Deutschland — nicht es existiert noch immer!

Bleibt also nur noch die Ehrefrage, und sie hat tatsächlich bei der heftigsten Zuspitzung der Situation eine viel größere Rolle gespielt als der Gegenstand

materielle Interessen. Die Stumpfsinnigkeit der deutschen Diplomatie und die Geringschätzung der englischen, das Schmelgen der einen und das Bedenken der anderen, schließlich das Bemühen beider, ihr Verhalten vor der Öffentlichkeit reinzuwaschen, das alles hat zur Verschärfung der Krise viel mehr beigetragen, als die Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der französischen Protektionsrechte oder die Abgrenzung der Deutschland zugehörigen Kompensationslinien. Die Gefahr, die aus diesen formalen Verträgen entstand, wurde schließlich vermehrt, durch die diplomatische Geheimnisthämerei. Können die Völker die Vorgänge, die sich in den verschlossenen Verhandlungszimmern von Berlin, Paris und London abspielten, klar überschauen können, so hätte alle Welt von vornherein der sozialdemokratischen Meinung zugestimmt, daß ein Krieg um Marokko ein verbrecherischer Mißsinn wäre.

Die Völker aber sahen den Rauch, und wußten nicht, was da eigentlich brannte, sie hörten aufgeregte Stimmen und verstanden nicht den Inhalt der Gespräche. Die Meinung der Phantasie zum Außergewöhnlichen ließ schließlich viele an die Notwendigkeit eines Krieges glauben, dessen geheimnisvoll tief verborgenen Ursachen niemand kannte.

Schließlich einigte man sich friedlich. Die „Ehre“ keines der Beteiligten war so schwer verletzt, daß es darüber hätte zum Kriege kommen müssen. Wer aber entschiedet darüber, wie tief eine solche „Ehrenkränkung“ geht und ob sie wirklich nur noch durch den Krieg gesühnt werden kann? Das tun dieselben Personen, die durch ihre Ungeheuerlichkeit den ganzen Ehrenhandel herbeigeführt haben, und die stets sehr leicht dazu geneigt sein werden, ihr eigenes Beamten-Renommee mit der Ehre der Nation zu vertauschen.

Die Völker haben alle Ursache sich in Zukunft vor den Folgen eines solchen lächerlichen, verackernden, der Ehre und den Interessen aller gleich abträglichen Systems besser in acht zu nehmen. Wenn man schon glaubt, das Diplomatengeheimnis nicht ganz entbehren zu können, so darf dieses Geheimnis doch wenigstens nicht für jene Personen gelten, die das Vertrauen der Wähler in die Volksvertretung berufen hat. In allen zivilisierten Staaten gibt es Parlamentsausschüsse, die sich mit auswärtigen Fragen zu beschäftigen haben, und diese Ausschüsse haben zum mindesten das Recht, ja die Pflicht zu verlangen, daß ihnen in allen Stadien einer schwebenden auswärtigen Angelegenheit reiner Wein eingeschenkt wird. Wird diesen Ausschüssen die Möglichkeit gegeben, sich nach allen Seiten ausbreitend zu informieren, und auch untereinander von Land zu Land in Verbindung zu treten, um die auf der anderen Seite herrschenden Meinungen und Stimmungen kennen zu lernen, dann wird zwar nicht jede Kriegsgefahr von Europa gebannt sein, wohl aber die Gefahr so völlig wahrnehmbarer, zweifelloser, verbrecherischer Kriege, wie der hrohenende Krieg um Marokko einer gewesen wäre.

Der Parlamentarismus kann nicht alle Uebel der Welt heilen, er kann auch nicht die Interessengegenstände beseitigen, die aus dem imperialistischen Wettbewerb der verschiedenen nationalen Interessengruppen entspringen. Wohl aber kann er, indem er sich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zu bewegen, stärkeren Geltung bringt, Fehler der jüngsten Diplomatie korrigieren, die, wie die Ereignisse von 1911 deutlich gezeigt haben, für die Völker verhängnisvoll werden können. Schärferer Kontrolle der auswärtigen Politik durch die Parlamente, bessere Verständigung der Völker miteinander durch das Instrument der Volksvertretung, das sind die Folgerungen, die sich für alle beteiligten Völker aus dem Marokkohandel von selbst ergeben. Sie liegen in der Richtung des sozialdemokratischen Programms, das „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung“ fordert.

Hundertmillionen-Unternehmungen.

Das sechzehnte deutsche 100 Millionen-Unternehmen ist soeben dadurch geboren worden, daß der Harmer Bankverein sein Aktienkapital auf 100 Millionen Mark erhöht hat. Recht interessant ist es, einmal nachzuspüren, auf

welchem Wirtschaftsgebiet die Kapitalakkumulation in Gestalt von Hundertmillionen-Betrieben am stärksten fortgeschritten ist. Es ergibt sich da das folgende hochinteressante Bild:

Aktienkapital in Millionen Mark	
Banken	Montanwerke
Deutsche Bank	Friebr. Krupp
Dresdener Bank	Gelsenkirchen
Disconto-Gesellschaft	Wöhni
Reichsbank	Deutsch-Lugemburg
Farmstädter Bank	
Schaaffh. Bankverein	
Berliner Handelsgesellsch.	
Harmer Bankverein	
	zusammen 566
zusammen 1295	
Transportgesellschaften	
Hamburg-Amerika-Linie	
Norddeutscher Lloyd	
Gr. Berliner Straßenbahn	
	zusammen 350,1
Elektrizitätsunternehmen	
Allg. Electr.-Gesellschaft	
	zusammen 130

Die höchste Epilze derzeitiger Konzentration hat also nicht die Industrie, sondern der Geldbetrieb besetzt! Wobei nur immer vergessen wird, daß diese Macht sich in wenigen Jahrhunderten entwickelt hat.

Die Nationalliberalen für die Agrarvölk.

Der bisherige nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wachhorst de Wente legt in der „Täglichen Rundschau“ wieder einmal sein agrarisch-judäischeres Glaubensbekenntnis ab. Er sagt u. a.:

„Wer schuldlos war — auch noch so gemäßigt —, war bislang auch in Gefahr, auch rein politisch als rechtsstehend, als Reaktionsär angezogen zu werden. Das ist heute nicht mehr der Fall. Und mit dem Fortschreiten dieser Entwicklung verringert sich sehr erheblich die Zahl der Angriffsflächen, die wie die Konventionen so reichlich gegeben haben. Denn das wird eine der Hauptaufgaben des deutschen Bauernbundes sein, daß er immer wieder von neuem versucht, weite Kreise der Konventionen zu gewinnen und der städtischen Bevölkerung für die Politik des gemäßigten Schutzes zu gewinnen, da es sonst nicht möglich bleibt, gegen den Willen dieser Kreise diese Politik für die Zukunft weiter zu führen.“

Im „Hann. Courier“ äußert sich Wachhorst noch ausführlicher über die Notwendigkeit des gemäßigten Schutzes, und da bekennt er:

„Die nationalliberale Reichstagsfraktion steht heute vom ersten bis zum letzten Mann auf diesem Boden. Bei der fortschreitenden Volkspartei leben wir ein sehr erfreuliches Fortschreiten der Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Politik.“

Also, wädelnde Konventionen, bleibt fest im Kampf gegen den Zollruher und wählt auch keine liberalen Lebensmittelfürner, wählt keinen Grund!

Die Frauen gegen Tallwig.

Gegen die amtliche Schandung von Frauenleichen, die der preussische Minister des Innern, Frhr. v. Tallwig, in seinen Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungs-Gesetz angeordnet hat, hat am letzten Sonntag eine Frauensammlung in Berlin Vernehmung eingeleitet. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die am 16. Dezember 1911 im Architektenhaus in Berlin tagende Frauenvereinsammlung, einberufen vom Berliner Zweigverein der Internationalen Abolitionistischen Föderation erhebt Protest gegen die in den Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers des Innern zu dem Gesetz betreffend die Feuerbestattung vom 14. September 1911 enthaltene Bestimmung: Der Bestand einer Leiche ist zu erwidern. Diese Unternehmung ist vom juristischen Standpunkt her, vom medizinischen Standpunkt her, da die einwandfreie Konstatierung, ob Verwesung vorliegt, für den gemäßigteren Fall unmöglich ist, und vom menschlichen und ethischen Gesichtspunkt als ein Eingriff in das intime Privatleben einer Verstorbenen durchaus zu verwerfen. Durch die Aufnahme einer derartigen Bestimmung in dem Gesetz wird der irdischen Nachrede Tür und Tor geöffnet. Die Eere einer Verstorbenen, die nicht mehr in der Lage ist, sich zu verteidigen, könnte aufs empfindlichste gekränkt und der gute Ruf ganzer Familien untergraben werden. Die anwesenden Frauen Berlins richten daher an den Herrn Minister des Innern die dringende Bitte die genannte Bestimmung, die das Gefühl ihrer weiblichen Würde, wie ihr ethisches Empfinden aufs tiefste verletzt, streichen zu wollen. Der Tallwig-Erlass ist eine Teilentziehung jenes bis zum Aufkommen ausgebauten preussischen Systems, das jedes weibliche Freiheitsrecht sofort wieder denaturiert, veräußert, der Bevölkerung verleiht und es schließlich ganz unbrauchbar macht.

So soll unter Androhung einer entehrenden Unternehmung der weiblichen Hälfte der Bevölkerung das selbstverständliche Recht über den eigenen Körper nach dem Tode frei zu verfügen, wieder genommen werden. Man kann den protestierenden Frauen nur zustimmen. Zur Brandmarkung des Geistes, aus dem jener Leichenbeschandungs-Erlass hervorgegangen, ist kein Wort scharf genug!

Die Flucht aus dem Osten. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung war ein bedeutender Ueberfluß der Provinzen Preußens zu beobachten. Auf 1000 Einwohner entfiel in Westpreußen ein jährlicher Wanderungsverlust von 10,68 gegen 8,40 in dem nächstvorhergegangenen Jahres. In Ostpreußen betrug der Verlust 9,37 v. T. gegen 8,81, in Pommern 8,85 gegen 7,51, nur die Provinz Vorpommern weist im letzten Jahresverlust einen geringeren Wanderungsverlust auf als im vorhergegangenen, nämlich 8,58 gegen 9,55.

Wie stimmt das zu der von den Schutzvätern und Agrariern gebildeten Lage der Bevölkerung des Ostens durch die Wucherzölle? Die Wahrheit ist eben, daß diese nur den Großgrundbesitzern nützen; und da außerdem die Junkerherrschaft in Reich und Staat, in Gesetz und Verwaltung den Druck des Adels und die Unterdrückung der Massen unerträglich machen, so flüchtet alles, was nur kann in die doch wahrlich wenig angenehmen Industriegebiete. Das ist das Festhalten der heimischen Scholle, wie es die Junker und Junkerengenossen verstehen.

Wenn auch aus Württemberg und dem Elsaß eine stärkere Abwanderung — freilich noch lange keine solche wie aus dem Osten — zu verzeichnen ist, so beweist das, wie wenig die Agrarisch-junkergehegung die Ursachen der Landflucht beseitigen kann. Der Anreiz an Industrie spielt natürlich eine große Rolle.

Dreifassensvorsitz. In den sehr weit rechts stehenden „Berliner Politischen Nachrichten“ wird davon gesprochen, daß bei der Eröffnung des preussischen Landtags verschiedene Konstitutionsarbeiten notwendig sind, die kaum zu leisten wären, wenn der von den Konservativen und Freikonserwativen im vergangenen Frühjahr in die Luft gesprengte Seniorentonwert wieder zustande käme. Das freikonserwativ Blatt sagt selbst, es werde wohl nichts anderes übrig bleiben, als wieder zum Seniorentonwert zurückzukehren.

In einem Artikel im „Tag“ äußert sich der Oberpräsident des Abgeordnetenhauses, Ottavio v. Jeditz über die Aussichten der bevorstehenden Landtagssession und er kommt zu dem Schluß, daß es bei dem großen Arbeitsprogramm einer noch kräftigeren Leistung bedürftig werde. Das kann ja gut werden!

Ein Bischof gegen die Zentrumskapläne. Wädelichen Bischof, er läßt es nicht gern, wenn sich die ihm unterstellten Geistlichen aktiv als Politiker betätigen. Namentlich erachte er es nicht für angängig, daß die Kanzel für politische Zwecke benützt werde.

Wenn sich diese Nachricht bestätigt, dann hat der neue Bischof von Speyer im Interesse der Kirche sehr klug gehandelt. Er will nicht, daß durch das Eingreifen der Geistlichen in den Wahlkampf der Ansehen erweckt wird, als wenn sich die katholische Kirche mit einer so gemeinen und verlogenen Partei, wie das Zentrum eine ist, identifiziert. Die Frage, daß das Zentrum die „Partei der Katholiken“ schlechthin sei, schadet dem Katholizismus sicherlich noch mehr, als sie dem Zentrum nützt.

Ein freigelebener Zentrumsmann ist der Redakteur Beder, der nach einem Bericht der „Germania“ in einer Berliner Zentrumsversammlung sagte: „Wir wollen keine Zentrumsherrschaft, wir wollen aber eine der Zahl der Zentrumsanhänger entsprechende Vertretung im Reichstage.“

Die Zentrumsanhänger bildeten bei der letzten Wahl ziemlich genau ein Fünftel der Wähler die zur Urne gingen, und es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich diese Verhältnisse diesmal zugunsten des Zentrums verschieben wird. Demnach hat das Zentrum höchstens ein Fünftel der Reichstagsitze für sich zu beanspruchen. Es muß also mindestens 15 Mandate verlieren, wenn der Wunsch des Herrn Beder nach einer „der Zahl der Zentrumsanhänger entsprechenden Vertretung im Reichstage“ in Erfüllung gehen soll.

Wilhelm II. und die Türkei. Vor einigen Tagen sagte der frühere türkische Marine-Minister Muhtar Pascha zu Berliner Journalisten, die Türkei werde sich an eine Mächtegruppierung anschließen müssen, da sie von Deutschland im Stich gelassen werde. Wilhelm II. hat nun nach einem Vortrag des Vizepräsidenten v. Gwinner über die Bagdadbahn dem türkischen Vizepräsidenten in Berlin sein Bedauern über die Worte Muhtar Paschas ausgesprochen und hinzugefügt, daß bald Gelegenheit sein würde, der Türkei zu beweisen, daß sie doch noch auf eine Unterstützung Deutschlands rechnen dürfe.

In dem Vortrag v. Gwinners war die große wirtschaftliche und politische Stärkung der Türkei durch die Bagdadbahn hervorgehoben worden.

Die Kaligelder fliehen dem Bund der Landwirte in ungeminderter Fülle weiter. Vom Kalisyndikat ist am Sonntagabend der Lieferungsvertrag mit den großen deutschen landwirtschaftlichen Körperchaften auf bisheriger Basis bis Ende 1916 erneuert worden. — Könnten da die Agitationsstellen der Agrarier nicht endlich auf öffentliche Gelder und Schuldenzinsen verzichten?

Die letzten Tage von Pompeji.

Von G. Bismar.

Als seine Sklaven ihn ausleibeten, erinnerte er sich der Nydia. — Er hielt es für notwendig, daß Jone von der Getreidewirtschaft ihres Geliebten nicht in Kenntnis gesetzt werde, weil diese das ihm zur Last gelegte Verbrechen entschuldigen konnte, und es war möglich, daß die Konventionen durch ihre Dienerrinnen erfährt, die Nydia sei in keinem Hause, und sie zu sehen wünsche. — Als ihm dieses einfiel, wanderte er sich zu einem seiner Freigelassenen: „Kallias“, sagte er, „geh' logisch zum Sofia, und sage ihm, daß er unter keinem Vorwande die Nydia Sklavin aus ihrem Zimmer lassen solle. Aber hör' — jetzt habe die Sklaveninnen auf, welche Jone beizehren, und bestel' ihnen, ihr nichts davon zu sagen, daß die Nydia unter meinem Dache ist. Geh' — schnell!“

Der Sklave eilte hinaus. Nachdem er seinen Auftrag hinsichtlich der Dienerrinnen der Jone erfüllt hatte, sagte er den wütenden Sofia auf. Er fand ihn nicht in der kleinen Kammer, wo sein Bett stand; er rief laut seinen Namen, und aus dem nicht dabei befindlichen Zimmer Nydias hörte er die Stimme Sofias antworten.

„O Kallias, bist du es? — die Götter seien gelobt! — Welche die Nydia; ich bitte dich!“

Der Sklave hob den Kopf zurück und Sofia lächelte ihm entgegen.

„Das, Sofia, du bist mit dem jungen Mädchen in diesem Zimmer eingeschlossen? — Proh pudor! Sagen nicht genug reife Gründe an den Mann, als daß du —“

„Sage nichts von der kleinen Hure!“ — unterbrach ihn Sofia nachdrücklich: „Sie wird mich unglücklich machen!“ — und er erzählte Kallias die Geschichte von dem Aufstand und von der Flucht der Theodorin.

gen will ich sie schon in ihren alten Schuhen wieder aufsuchen. Aber verrate mich nur nicht, erter Kallias!“

„Ich will alles tun, was die Freundschaft, mit Vorbehalt meiner eigenen Sicherheit, vermag. Aber bist du auch gewiß, daß sie das Haus verließ? — Vielleicht ist sie noch irgendwo versteckt?“

„Wie sollte das möglich sein? — Sie konnte leicht in den Garten, dessen Tür, wie ich dir sagte, offen stand.“

„Rein, das ist nicht der Fall, denn in derselben Stunde, die du angibst, war Arkades mit dem Frierer Kalenus im Garten. Ich hörte dort einige Schritte für das morgende Bad meines Herrn. Ich sah das Mädchen mit den Früchten und dem Behälter stehen, aber die Tür war zu, das weiß ich gewiß; du kannst dich darauf verlassen, daß Kalenus in den Garten kam und die Tür hinter sich schloß.“

„Aber sie war nicht verschlossen.“

„Ja wohl, denn ich selbst, über eine Nachlässigkeit aufgebraut, welche die bronzernen Gefäße im Versteck der Verwegenheit eines Diebes hätte bloßstellen können, drehte den Schlüssel um, zog ihn ab, und — da ich nicht den Sklaven fand, dem ich ihn übergeben konnte — jauchte ich ihm auch schon ausgehört haben — hier ist der Schlüssel noch in meinem Gürtel.“

„O, gütiger Vorwand! ich rief dich doch nicht vergebens an. Doch aus keinen Augenblick verlassen. Wir wollen sogleich in den Garten — vielleicht finden wir sie noch dort!“

Der gemüthliche Kallias willigte ein, den Sklaven zu begleiten; und nachdem sie vergeblich die nächsten Zimmer und den Peristyl durchsucht hatten, traten sie in den Garten.

fühlten immer wieder von neuem die verhängnisvolle Tür. Armes Mädchen! — vergeblich hastest du jetzt deinen edlen Mut, deine unschuldige List, deine verdoppelten Anstrengungen, dem Gunde und dem Jäger zu entziehen, aufgegeben! — Nur einige Schritte von dir standen deine Verfolger, lachend über deine Mut und über deinen Zorn und mit grausamer Geduld, da sie wußten, daß du ihnen nicht mehr entgehen konntest, den Augenblick verzögernd, wo sie ihre Beute erblicken wollten. — Du konntest wenigstens ihren Hohn nicht sehen!

„Stille Kallias! — laß sie noch gewähren. Wir wollen doch einmal sehen, was sie beginnen wird, wenn sie sich überzeugt, daß die Tür nicht zu öffnen ist.“

„Steh! — sie erhebt ihr Gesicht zum Himmel — sie starrt ermailet nieder! Nein, beim Pollux! sie hat einen neuen Plan. Sie will noch nicht nachgeben. Der Jovem, ein hornrüdiges Geschöpf! Steh, sie springt auf — sie geht zurück — sie denkt auf einen neuen Streich. Jetzt rate ich dir, nicht länger zu warten, Sofia; ergreife sie, bevor sie den Garten verläßt — jetzt!“

„Ah, du edles Mädchen! habe ich dich — eh!“ sagte Sofia, indem er die Unglückliche ergriß.

Wie eines Sälen letzter menschlicher Schrei unter dem Gehiß des Gundes — wie der allende Ton des Schredens eines plötzlich aufgestörten Nachtmoblers — so erschalle das Geschrei des blinden Mädchens, als sie sich durch ihren Wärter wieder ergreifen fühlte. Er war ihr, als sei dem sinkenden Haufens das letzte rettende Brett entzogen worden. Sie hatte in einem Kampf zwischen Leben und Tod geschwebt, und der Tod hatte jetzt das Spiel gewonnen.

O, ihr Götter, das Geschrei wird das ganze Haus in Unruhe bringen! Arkades hat einen leisen Schlaf. Stoppe ihr den Mund!“ sagte Kallias.

„Ah, hier ist dasselbe Tuch, mit dem die junge Bege mich geblendet hat! — Komme her, jetzt bist du nicht allein blind, sondern auch stumm.“

Sofia trug die leichte Last in seinen Armen und erreichte bald das Zimmer, aus dem Nydia entflohen war. Indem er den Kiesel vorstieß, überließ er sie einer Einfamkeit, die ihr so schrecklich sein mußte, als irgend eine der Qualen im Gades es hätte sein können.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Verbesserung der Schwarzblauen Wahlausfichten wird, wie die „Nordb. Allg. Zeitung“ ankündigt, der Etat für 1913 bereits in den nächsten Tagen in seinen Hauptzügen veröffentlicht werden. Man wird da also wieder sehen, daß die neuen Steuerzuschüsse immer neue Millionen aus den Massen des bezugslosen Volkes herauszupressen imstande sind. Man wird aber natürlich noch nicht sehen, was durch neue Rüstungen an Nachtragsetats weiterhin geordert werden wird.

Feierübungen und Reichstagswahl. Um den Angehörigen des Wehrdienstes die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen, haben sämtliche deutsche Kriegsministerien im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl angeordnet, daß in der Zeit vom 12. Januar (allgemeiner Wahltag) bis 30. Januar (letzter Termin für Stichwahlen) Einberufungen zum Militärdienst nicht erfolgen dürfen. Auch haben am Wahltag wie an den Tagen von Stichwahlen Vorbereitungen von Mannschaften des Wehrdienstes zu den Bezirkskommandos zu unterbleiben.

Im Dresdener Stadtverordneten-Kollegium wurde auf Antrag unserer Genossen der Geschäftsbeschluss am Abend vor dem Weihnachtstag, dem sogenannten Heiligabend, auf 6 Uhr abends festgelegt. Dieser Beschluss wurde mit zwei Stimmen Mehrheit gefasst: Antisemiten und Konserervative stimmten dagegen, 15 000 Angestellte in der Stadt Dresden erhalten diese Vergünstigung. Weiter stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen den Polizeietat, nachdem Genosse Kühn die ablehnende Haltung begründet hatte.

Der gute Ruf der Alldeutschen. Vom Auswärtigen Amt wurde die Beteiligung des Alldeutschen Verbandes an einer Sammlung zu Gunsten der durch das Hochwasser in Südrussland Geschädigten als nicht erwünscht bezeichnet, damit sich „bei der bekannten Einstellung“ der Ziele des Verbandes nicht etwa in Brasilien die Meinung geltend mache, das Deutsche Reich beabsichtige in Brasilien als lediglich die Unternehmung der bedrängten Landeseute. — Aus Enttäuschung über die „Behandlung“ hat der bekannte Kommunistenführer Rudolf Kohnsamt im Alldeutschen Verband niedergelegt.

Universitäten und Sozialismus. In einer Studentenversammlung in Heidelberg, die von 500 Akademikern besucht war, referierte Dr. Max Adler aus Wien über den theoretischen Sozialismus. In der Diskussion sprach u. a. Professor Fried Weber, der es als einen Standpunkt bezeichnete, daß auf den deutschen Universitäten die wissenschaftliche Behandlung des Sozialismus und damit auch die politische Stellungnahme unmöglich sei.

Eine Verleumdungsflagge gegen den Zentrumsabgeordneten Dr. Pfeiffer ist von seinem Gegenkandidaten Rechtsanwalt Kühn-Münchberg angekreuzt worden. Pfeiffer behauptete in Versammlungen, Kühn habe von Christus als von Satans Sohn gesprochen.

Freisinn gegen Nationalliberale. Im 22. sächsischen Reichstagswahlkreis haben die Freisinnigen nun auch einen eigenen Kandidaten aufgestellt, weil der nationalliberale Singer rechtsnationalliberal sei und sich von einem konservativen kaum unterscheiden. Bisher stand in diesem Kreis dem Genossen Dr. Leisch nur der „Nationalliberale“ Singer gegenüber.

Russland.

Die Marokkoverhandlungen.

Die französische Kammer legte die Beratung des deutsch-französischen Abkommens fort. Zunächst ergriff Marcel Sembat (geeigneter Sozialist) das Wort. Er protestierte über den Optimismus Millierands, erklärte sich aber insoweit einverstanden mit ihm, als auch er das Abkommen im Zusammenhang mit der gesamten auswärtigen Politik betrachtete. Man müsse sich fragen, welche Art von Politik dieses Abkommen für Frankreich vorbereite, er werde mit seinen Freunden für den Vertrag stimmen, weil er darin ein Unterpfand der Entspannung und ein Friedensversprechen erblickte. Er bewies sodann auf den Beifall, den Millerand gerne mit, daß er so gut von der englischen Entente sprach, erklärte weiter, dieser Beifall sei seit ein Vertrauensvotum gewesen und bemerkte: unsere Freunde, die Engländer, sind gleichfalls gute Realpolitiker, wenn sie die Entente bezüglich zu erhalten suchen. Im Interesse dieses herzlichen Einverständnisses müsse ein Einverständnis mit Deutschland geschlossen werden. Er glaube nicht, daß die Klausel betreffend das Haager Schiedsgericht genügen werde, um alle Konfliktsursachen zu beseitigen. Der Verkehr zwischen dem Marokko und Zentralafrika könne manche Schwierigkeiten hervorrufen; aus diesem Grunde lasse sich das Abkommen überhaupt nur mit einer Politik der Annäherung an Deutschland durchführen.

Sembat fuhr fort, der englische Minister habe erklärt, das englische Volk verlange, daß die Entente cordiale gegen niemand eine Spitze habe. Enalamb habe recht, sich auf den englischen Standpunkt zu stellen. Man habe sich gewundert, daß England Spanien gegen gewisse Wünsche Frankreichs unterstütze. England verfolge damit nur die traditionelle englische Politik. Er wolle nicht eine Macht in Gibraltar sich gegenüber stehen sehen. Frankreich müsse auch jenseits der atlantischen Politik treiben. Man darf nicht, fuhr Sembat fort, die Ereignisse aus dem Auge verlieren, die den Verhandlungen vorhergingen, besonders den Plan eines deutsch-französischen Konventionen für Marokko. Eine Verständigung zwischen dem Minister Ribot und dem britischen Reichsminister von Schonen war zustande gekommen; plötzlich wurde alles kurz abgebrochen. Manche Leute glauben, wenn man die Dinge hätte gehen lassen, so hätte man die Schwierigkeiten vermieden. Die Redaktionen sprechen alle von deutschen Industriellen im französischen Vorkriegsstand, von Schiffen in den Häfen von La Rochelle. Wenn wir immer den Grundgedanken Laisses-faire gelten ließen, so würde es sich nicht darum handeln, Marokko zu kolonisieren, sondern darum, bis zu welchem Punkte Frankreich kolonisiert werden soll. Ribot wies darauf hin, daß aus dem Konventionen lediglich die deutschen Nutzen gezogen haben würden. Die Kommission der Kammer habe auf daran getan, daß sie nichts davon habe wissen wollen. Der Redner erklärte zum Schluss, die augenblickliche auswärtige Lage sei schärfer als zu Beginn der Verhandlungen und verlangte eine Politik des Friedens mit Deutschland. Als weiterer und dritter Redner folgten die Nationalisten Delafosse und Denis-Cochin. Beide stellten sich auf den Standpunkt des Grafen de Mun und konnten durch ihre Ausführungen ein besonderes Interesse nicht hervorrufen. Mit größerer Spannung folgte man dem nachfolgenden Redner, dem Vorsitzenden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Paul Deschanel, der in großen Mäßen auf das Nebeneinanderkommen eintrug und der Regierung in ihren Maßnahmen vollständig beipflichtete.

Eine vernünftige Anregung.

Die deutschen Imperialisten wollen sich ausdehnen. Sie sagen aber nicht wohin. Und darin liegt zweifellos eine der größten Schwierigkeiten der auswärtigen Politik. Ein Reich muß wissen, was er will. Heute aber, auf die das Wort trifft: „Sie wollen entziehen, sie wissen nur nicht was“, hält man für Narren und betrachtet sie als gemeingefährlich. Ebenso gefährlich für den Weltfrieden muß eine Macht sein, deren Vertreter immer versichern, sie müßten sich ausdehnen, ohne das Ziel dieser Ausdehnung zu kennzeichnen. Das unklare Expansionsgerede unserer deutschen Imperialisten hat bewirkt, daß man überall deutsche Eroberungspläne vermutet. Nicht nur in belgischen Kongo, Portugiesisch-Angola, Spanisch-Mo Runt, Bel-

gisch-Kongo und Französisch-Marokko, sondern auch in Belgien selbst, wie in Holland.

Darum verdient im deutschen Interesse wie im Interesse des Weltfriedens die Rede, die der Liberale Sir Henry Home am letzten Mittwoch im englischen Unterhaus gehalten hat, größte Beachtung. Nachdem der Redner verkündet hatte, daß von der Herstellung guter Beziehungen zu Deutschland alles abhängt, daß umgekehrt ein deutsch-englischer Krieg ein Abgrund sei, dessen Tiefe niemand kenne, fuhr er fort:

„Der einzige Weg, Deutschland zu dem Schritte zu führen, den beide Nationen von der Würde der immer wachsenden Rüstungen zur See befreien wird, ist, ihm die Überzeugung beizubringen, daß Englands Flotte nie dazu angewendet werden wird, Deutschlands Ausdehnung in irgend einer Richtung zu verhindern, die mit dem Interesse und der Ehre Großbritanniens vereinbar ist. Lassen Sie uns Deutschland auffordern, zu sagen, was es begehrt und wo wir ihm im Wege stehen, wo der Platz an der Sonne ist, von dem es durch unsere Flotten ausgeschlossen wird. Deutschland kann einer Tatsache gewiß sein. Eine Regierung, welche eine Erweiterung Deutschlands in einer die britischen Interessen nicht bedrohenden Richtung nicht mit Wohlwollen betrachten sollte, würde nicht die Zustimmung des Landes besitzen.“

Es war sicher kein Zufall, daß unmittelbar darauf einer der schärfsten konservativen Rüstungsgegner, Lord Roberts, aufstand, um dem Liberalen Redner zuzustimmen. Lord Roberts warnte vor einem Krieg mit Deutschland, der, wie immer er ausgehen möge, 20 Millionen Pfund kosten würde, und sagte dann, es wäre falsch, wenn Großbritannien sich in die beschlossene Expansion eines großen Reiches mischen wollte.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß beide Redner, der Liberale, wie der konservative, im gegenseitigen Einverständnis und im Einverständnis mit der Regierung gesprochen haben. England will den Wünschen der deutschen Imperialisten nach Möglichkeit entgegenkommen, um sich von der Last der deutschen Expansion zu befreien. Darum fragt es sich, was Deutschland eigentlich will, und es ist Deutschlands Pflicht, auf diese Frage eine höfliche Antwort zu geben.

Diese Antwort wird auch für das deutsche Volk sehr interessant sein. Es wird dann endlich das unbekannte Wunderland kennen lernen, von dessen Erwerbung nach der Meinung unserer allwissenden Staatsräte kein Glück, keine künftige Größe abhängen soll.

Die Schließung des englischen Parlaments.

Das englische Parlament ist mit einer Thronrede geschlossen worden, in der es heißt:

Meine Beziehungen zu den fremden Mächten sind dauernd freundschaftlich. Ich freue mich, sagen zu können, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über die Marokkofrage, von denen meine Regierung infolge einer Vertragsverpflichtung berichtet wurde, zum Abschluss gebracht worden sind. Was den Kriegszustand angeht, der unglücklicherweise zwischen Italien und der Türkei besteht, erkläre ich in einer Proklamation meine strikte Neutralität. Die Thronrede berührte weiter die Beratungen der Reichskonferenz im letzten Sommer und bezeichnet sie als einen Beweis für die harmonischen Beziehungen, die zwischen den Regierungen des vereinigten Königreiches und den Dominions mit Selbsterwaltung bestanden und für das wachsende Verständnis für die gemeinsamen Interessen. Die Thronrede drückt die Hoffnung aus, daß die demnächst beginnenden Arbeiten der königlichen Kommission für die Untersuchung der natürlichen Hilfsquellen und der Möglichkeiten für die Entwicklung des Handels die Frage fördern werden, um größere Wohlfahrt und eine Förderung im wechselseitigen Verkehr der Reichsmittelglieder untereinander zu erzielen. Es wird die zuverlässige Erwartung ausgesprochen, daß das neue National-Vericherungsgesetz dazu beiträgt, das Elend der Arbeiter zu mildern, Erkrankungen zu vermindern und ihre harte Lage zu bessern. Auch auf die Änderung des Gesetzes über die geistige Urheberchaft wird Bezug genommen, die Großbritannien in Stand setzen, der kürzlich in Berlin unterzeichneten internationalen Konvention beizutreten.

Der Kampf der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die Telegramme haben bereits kurz gemeldet, daß es in der Dumafraktion vom 6. Dezember, infolge des Versuchs der Sozialdemokraten, das Justizverbrechen gegen die sozialdemokratische Fraktion der 2. Duma wieder zur Debatte zu stellen, zu scharfen Szenen gekommen ist, während welcher 4 Sozialdemokraten und 1 Richter aus der Sitzung ausgeschlossen wurden. Der nun vorliegende stenographische Bericht enthält ein Bild, das in der Parlamentsgeschichte aller Länder seinesgleichen nicht hat. Man muß die Unerbittlichkeit und den Mut unserer Genossen bewundern, die gegenüber den Straußlosen, in samem Gegnern, die sich wie eine Horde wilder Tiere gebärdeten, unter einem auf der Höhe dieser Mehrheit stehenden Präsidium, ihren Kampf um Recht und Wahrheit konsequent fortgeführt haben. Zur Debatte standen in dieser Sitzung die bekannten Interpellationen über das Attentat gegen Stolypin und die Verbrechen der „Ohrana“. Als Genosse Gegetskori das Wort ergriff, schleuderte ihm der Freund des Janusjägers, der Strauß Purtschke mit ein so unfähiges Schimpfwort ins Gesicht, daß das Präsidium es hiernach aus dem Stenogramm entfernen lassen mußte. Der den Vorsitz führende Oberbefehlshaber, eine ferocle, hysterische Professorenjammergestalt, begnügte sich mit einer sanften Rüge an die Adresse des Kongressen. Aber die volle Schale seines Jarnes schüttete er über den Sozialdemokraten aus, als dieser sich erklärte, die zur Debatte stehende Frage der Proklamation durch das Verbrechen zu illustrieren, daß die Petersburger „Ohrana“ vor der Aufhebung der 2. Duma an der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet hatte. Gegetskori sprach: „Wir sind nicht so naiv, um auf das Mitgefühl der Dumamehrheit für unsere lebendig begraben Genossen zu rechnen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Mehrheit der 2. Duma nach dieser Tage durch Anwendung der größten Gewalt die öffentliche Erörterung unserer Interpellation zu bereiten gesucht hat. Wir wollen nur noch ein übriges Mal durch diese große Tatsache zeigen, welche konstitutionelle Schlinge die Finanzbourgeoisie in Gestalt der Regierung der Reichsgerichte und der Einrichtungen, in Gestalt der Regierungsbürokratie, der Proklatoren und Inquisitoren an ihrem Hals wärmt.“ Als nun der Redner zum Staatsstreik vom 16. Juni 1907, der Frucht der Regierungspolisation, überging, sprach ein Lärm und Krach im Zentrum und auf der Rechten los, daß man sich in ein Herrenhaus verziehen sollte. Diese Obstruktion der Regierungsparteien bekämpfte der Vorsitzende dadurch, daß er — dem Sozialdemokraten das Wort entzog. Fast drei Stunden lang wogte der Kampf der kleinen sozialdemokratischen Fraktion, die von der gesamten Opposition unterstützt wurde, gegen die Mehrheit, die ihr mit allen Mitteln der Gewalt den Mund verstopfen wollte. Das Ergebnis war, daß von unseren Genossen nacheinander ausgeschlossen wurden: Gegetskori für 1 Sitzung, Tschelbe für 7 Sitzungen, Sacharow für 3 Sitzungen, Kusnezow für 15 Sitzungen.

Unter Vertretung „Wesba“ schreibt hierzu: „Wahrheitlich werden am nächsten Mittwoch die übrigen Sozialdemokraten ausgeschlossen werden — ihre Zahl ist ja nicht allzu groß — und das Leben in der Duma wird wieder in ein rechtliches Fahrwasser gelangen. Die Interpellation dagegen wird ebenso in der Kommission begraben werden, wie die, die sie angeht, auf der Katonga bearbeitet sind.“ Die offizielle „Rokowle Wremja“ aber schreibt zähneknirschend: „Es ist Herrn

Gegetskori: der Tat gelungen, die Reichsduma zu zwingen, de facto zur Erörterung der Interpellation betreffend die Mitglieder der zweiten Duma überzugehen.“ Die schmachvolle Tat, die aus diesen Worten spricht, zeigt deutlich, wie empfindlich die Mehrheit sich durch das tapferere Vorgehen unserer Genossen getroffen fühlt.

Die Proklamation

gegen das Justizverbrechen.

Eine lange nicht gesehene Erscheinung im konterrevolutionären Russland — die auf den Fabriken und in den anliegenden Straßen improvisierten Protestversammlungen der Arbeiter — nimmt einen immer größeren Umfang an. Solche Versammlungen, auf denen Resolutionen betreffend das Justizverbrechen gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma und die schmachvolle Haltung der dritten Duma angenommen wurden, fanden in Petersburg bisher statt auf den Butlow-Werken (400 Anwesende), Baltische Fabrik (2000 Personen), „Pulka“ (500 Personen), „Siemens und Halske“ (1000 Personen), Klafabrik (1000 Personen), bei den Bäckern des Moskauer Rayons (100 Personen), außerdem fanden zahlreiche Handwerkerversammlungen statt, die ihre Protestresolutionen, mit ca. 2000 Unterschriften besetzt, der sozialdemokratischen Dumafraktion überreicht haben. Auch aus der Provinz beginnen Protestresolutionen der Arbeiter einzulaufen. So hat unsere Dumafraktion eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Resolution der Donezki-Russischen Metallurgischen Werke (Sibirien) erhalten, in der „Gerechtigkeit“ für die unschuldigen verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten verlangt wird.

Die Protestbewegung der Arbeiter greift auch auf die Hochschulen über. Am 6. Dezember fand eine von 2500 Studenten besuchte Versammlung in der Petersburger Universität statt, die folgende Resolutionen annahm: 1. über die Notwendigkeit der Revision des Prozesses gegen die sozialdemokratische Dumafraktion, 2. gegen das schmachvolle Verhalten der Duma, die anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation die Öffentlichkeit ausschloß, 3. gegen die Entsendung der russischen Truppen nach Persien. — Die Versammlung, die nur kurze Zeit gedauert hatte, ging unter den Klängen des revolutionären „Trauermarsches“ auseinander.

Wie aus Kiew berichtet wird, wurden am 10. Dezember im Polytechnikum Proklamationen verbreitet, die zum Protest gegen die Haltung der Dumamehrheit während der sozialdemokratischen Interpellation über das Justizverbrechen aufforderten.

Der gute Wille der Kirche. Eine Konferenz im heiligen Synod hat kürzlich die Forderung aufgestellt, daß für die Bedürfnisse der Geistlichkeit insgesamt 75 Millionen Rubel bewilligt werden. Zu den jetzt schon bewilligten Mitteln erfordert das einen neuen Kredit von 41 Millionen aus Staatsmitteln. Dafür soll die Arme von 89 000 Priestern, Küstern usw. unterhalten werden. Das soll der Lohn sein, den die russische Geistlichkeit für ihre reaktionären Handlungsdienste von den herrschenden Parteien erwartet.

Die chinesische Republik.

Die Verhandlungen der revolutionären Führer haben bisher zu folgendem Resultat geführt. Die Mandschubynastie wird abgeschafft. China wird Republik und Sunjatschi erster Präsident. Vizepräsident wird Dr. Sunjatschi. Das erste Kabinett wird von der republikanischen Kammer gewählt. Sunjatschi fährt Freitag von Singapur ab und begibt sich sofort nach China. Ein bezügliches Lebenswort wurde ihm von einer Gruppe chinesischer Mädchen zugeufen, die alle in den republikanischen Farben gekleidet waren. General Jomer Lea bleibt vorläufig noch in Singapur, wo er weitere Nachrichten aus China abwartet. Er erwartet sich entschieden irgend einen Interpellator zu empfangen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Von türkischer Seite liegt aus Malta folgende Meldung vom 14. d. Mts. vor:

Gestern wurden die Italiener zwei Kilometer von Bomba (Bomba liegt 50 Kilometer östlich von Terna an der Ostküste der Halbinsel Malta) nach vierstündigem Kampfe vier Kilometer zurückgeworfen. Wir hatten 124 Tote, 29 Verwundete und erbeuteten zwei Geschütze, 52 Pistolen und 81 Gewehre.

Von italienischer Seite ist über diese Niederlage nichts gemeldet worden.

Aus Tripolis, 17. Dezember, wird gemeldet: Gestern nachmittags machten die Generale Caneva und Fragoni in Begleitung ihres Generalstabes in der Nähe der Dage Burg interessante Veruche mit drahtloser Telegraphie. In Doms stieß eine Rundschiffabteilung, welche nach dem Süden entsandt war, auf eine starke Truppe Araber, welche ihr lebhaften Widerstand entgegensetzte, aber schließlich zurückgeschlagen wurde. Die Araber ließen zahlreiche Tote aus dem Kampfsplatz zurück. Die Italiener hatten 3 Tote und 13 Verwundete.

Während der Kammer Sitzung am Sonnabend, in der die Abänderung der Artikel der Verfassung betreffend die Auflösung der Kammer zur Beratung kam, wurde der Großvater lebhaft von der Opposition unterstützt. Der Großvater erklärte, der Hauptgrund dieses Vorschlages sei die Eventualität von Friedensverhandlungen mit Italien, da in diesem Falle das Land einer starken Regierung bedürfte. Der Großvater wies energisch die Vorwürfe zurück, er beabsichtige die Kammer aufzulösen, einen Staatsstreik zu unternehmen und die Verfassung abzuschaffen.

Italienische Flottenaktionen.

Konstantinopel, 18. Dezember. Die „Agence Orientale“ meldet, daß beim türkischen Kriegsministerium Gerüchte von verschobenen türkischen Küstenplänen eingetroffen sind, wo man überall italienische Kriegsschiffe beobachtet hätte, die unweit der Küste kreuzten. So sei man gestern in Salonichi 15 italienischen Kriegsschiffe, die mit östlicher Richtung den Kurs nahmen, begegnet. In Smyrna wurden zwei italienische Kreuzer und zwei italienische Torpedoboote gesichtet. In Trapezunt sah man gegen Mittag fünf italienische Kriegsschiffe am Horizont auftauchen und nach südwärts weiterfahren. Demzufolge glaubt man, daß eine größere italienische Flottenaktion unmittelbar bevorsteht.

Italienischer Vormarsch.

Milano, 18. Dezember. Berichte aus Tripolis besagen, daß der Vormarsch der Italiener nach Nizjia unmittelbar bevorsteht. Dieser Vormarsch nach Nizjia, der genau vorbereitet wurde, wird mit mindestens 20.000 Mann Infanterie nebst sehr viel Artillerie unternommen werden. Auch werden die beiden leuchtenden italienischen Luftschiffe an dieser Expedition teilnehmen. Die Italiener beabsichtigen, durch einen schnellen Vormarsch die türkischen Streitkräfte im Innern des Landes aufzulösen.

Verantwortlicher Redakteur: Kurt ... — Redaktionen und Expedition: Neue Grenzstraße 7. — Verlag von ... — Druck von ... — Preis ...

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die prägnanteste Verantwortung.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 18. Dezember:
Verband der Schneider. Versammlung im Saale.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
 Dienstag, den 19. Dezember:
Gemeindearbeiter. Versammlung im Saale.
Verband der Stadtufer. Versammlung im Zimmer 1.
Verband der Töpfer (Werkstatt-Arbeiter). Versammlung im Zimmer 3.
 Mittwoch, den 20. Dezember:
Radsportler. Versammlung im Zimmer 1.
Textilarbeiter. Versammlung im Zimmer 3.
Verband der Schmeide. Versammlung im Billardzimmer.
 Donnerstag, den 21. Dezember:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
 Montag, den 25. Dezember (1. Feiertag):
Gesangsverein Eberic. Matinee vormittags um 10 1/2 Uhr im großen Saale.
Quartier-Verein Niederort. Große Soiree nachmittags um 4 Uhr im großen Saale.
Verband der Töpfer. Versammlung vormittags um 10 Uhr im Zimmer 2.
 Dienstag, den 26. Dezember (2. Feiertag):
Freie Turnerschaft. Weihnachtsfeier.
 Mittwoch, den 27. Dezember (3. Feiertag):
Freie Religionsgemeinde. Einbescherung im großen Saale.
Kempner. Nachmittags 4 Uhr im Zimmer 2.
 Donnerstag, den 28. Dezember:
Verband der Zimmerer. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.
Verband der Töpfer. Versammlung im Zimmer 2.
 Freitag, den 29. Dezember:
Gewerkschafts-Ratich. Versammlung im großen Saale.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 6 (Mitolator).

Die Mitglieder des Bezirks 6 treffen sich Montag abends 8 Uhr im Distriktslokal, Hildebrandstraße 28. Als Redner kommt Genosse Klement.

Distrikt 10 (Sandow).

Montag, den 25. Dezember (1. Weihnachtstagsfeier), im Capri's Lokal, Matthiasstraße 38, Unterhaltungsabend, bestehend in Vorträgen, Theater und turnerischen Aufführungen. Anfang 8 Uhr. Eintritt für eine Person mit Wirtinsteuer 25 Pfg., Kinder 10 Pfg. An der Kasse keine Erhöhung des Eintritts. Eingeladen sind alle Mitglieder des Distrikts und die der umliegenden Distrikte.

Distrikt 15a (Chlaner Tor).

Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Distriktslokal: Zusammenkunft der Bezirksführer und Abrechnung. Die Wahlhelfer sind ebenfalls eingeladen. Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 3 (Bezirk Schottwitz). Dienstag, 19. Dezember, abends 8 Uhr in Schottwitz: Allgemeine Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Der Referent ist anzuweisen.

Landdistrikt 14 (Gerdain, Dürrau). Montag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Galle, Dippelstraße. Genossen, die am 12. Januar als Wahlhelfer tätig sein wollen, werden eruchtet, zu erscheinen.

Landdistrikt 17. Montag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Köhlich in Deutsch-Wissa: Zusammenkunft aller Wahlhelfer, die gebeten werden, pünktlich zu erscheinen.

Am 16. d. Mts., nachm. 3 Uhr, verstarb sanft nach langen Leiden die Frau unseres Verbandskollegen und Mitarbeiters **Frau Emilie Hoffmann, geb. Weltner.** im Alter von 32 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren. 9372
Die Arbeiter u. Kranführer des städt. Pankhofes. Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Andersenstr. 40, nach dem St. Barbara-Friedhof in Cosel.

Das Breslauer Hallenschwimmbad ist an den beiden auf den 24. und 31. Dezember fallenden Sonntagen bis um 1 Uhr nachmittags geöffnet. Kassenchluss 12 1/2. 9328
 Am 1. Weihnachtstage und am Neujahrstage bleibt die Anstalt geschlossen, am 2. Weihnachtstag ist sie wie an den Sonntagen bis um 1 Uhr geöffnet.

Walzmeister für Reinsieckel und Aipakka wird aufgenommen. Offerte mit Zeugnisabschriften und Lohnanspruch unter W. P. 8732 an die Annoncen-Expeditoren Rudolf Mosse, Wien I. 9325

Weihnachtsfreude!! bereitet sich ein jeder, wenn er seinen Bedarf in **Wäsche - Schürzen - Blusen - Kostümröcke - Trikotasen - Strumpf- und Wollwaren** bei **Anna Jupe, Breslau, Friedr. Karistr. 28** beschafft. Bekannt rasche Lief. und billige Preise. - Fortgesetzt bietet Annonce erhält einen **Marau von 10%.** 9325

Gehörst Du zu uns?
 Eine Anrede an einen jungen Arbeiter
 von **Heinrich Schulz**
 Preis 20 Pfg.
 Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung.

Stadt-Theater.

Montag, 7 1/2 Uhr:
„Cavalleria rusticana“.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Der Rosenkavalier“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
Margarete Siems
„Lucia von Lammermoor“.
Lobe-Theater.
 Montag 7 1/2 Uhr:
„Der Mann von Venedig“.
 Dienstag, 7 1/2 Uhr:
„Gadrun“.
 Mittwoch, 7 1/2 Uhr:
„Logik des Herzens“.
„Gleis“.

Tbalia-Theater

Dienstag, Gruppe E. 1. Vorstellung:
„Krieg im Frieden“.
 Mittwoch: Humboldt-Verein
 Abonnement-Vorstellung (graue Karten):
„Vorberbaum und Wittelsbach“.
 Donnerstag, Gruppe F. 1. Vorstellung:
„Krieg im Frieden“.
 Samstag: Humboldt-Verein
 Abonnement-Vorstellung (blaue Karten):
„Hans Gudebein“.
 Bühnenaufbau am Tage der Vorstellung von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an der Abendkasse. 9325

Schauspielhaus

Montag, 8 Uhr:
„Das Ruffenkind“.
 Dienstag, 8 Uhr:
„Die moderne Eva“.
 Mittwoch, 8 Uhr:
„Die moderne Eva“.

Liebig's Etablissement

Otto Reutter
 und das brillante
Dezember-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 9325

Viktoria-Theater

Original Parisiana
„Humoristische Wahnung“
„Die keusche Toinette“
„100 Nummer 23“
 Genüßliche brillante Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr. 9321
 Ende wochentags gültig.

Zeltgarten

Tränen werden gelacht über
Willy Haase
 Außerdem die brillantesten
Spezialitäten.
 Am 16. Dezember:
Neue Burlesken
 u. neues Programm.

Palmengarten.

Elite-Damen-Blasorchester
Janietz.

Stamm - Seidel

Vereins-Seidel, Seidel zu Festgeschenken.
 Große Auswahl von
Blaisgärten
Otto Miksch,
 Kaplerstraße 42.

Zu den Reichstagswahlen 1912!
Jeder Reichstagswähler
 der über die Bedeutung der Reichstagswahlen im Reichstag und die Wichtigkeit der Wahlkreise sich unterrichten will, erhält gratis ein
Reichstagswahlheft
 Hauptvertrieb in allen Wahlkreisen
 Gustav Kretschmer, Stuttgart
 Hauptvertrieb: P. Kirschner, Mittelstr. 22.
 Untervertreter sollen sich schnellstens melden.

Konsum- u. Sparverein Vorwärts

Unseren wertigen Mitgliedern empfehlen wir das
Mittwoch, den 20. Dezember, mittags
 Der Preis beträgt à Pfd. 75 Pfg. Der Vorstand.

Hosennäth.

als Weihnachtsgeschenk für junge Damen eignet sich das schone Buch
Deutsche Liebesgedichte.
 In 2 Bänden durch die Buchh. Volkswacht
 sowie Verlag Böhm & Zauska, Breslau II.

Uhren, Ketten, Ringe, Arm.

Kellier, in Woll u. Silber vert.
 Verkauf Altuhrenstraße 17, I. Etage.
 1 Singer-Maschine für 22 Mark, 1 Nähm. Maschine für 24 Mark, 1 Rosenfeld, Neumarkt I. 9391

Ueberzieher, Ulster, Joppen,

Angenehm, bequem, vert. bill.
 Verkauf Altuhrenstraße 17, I. Etage.

Kanarienhähne

erkauft Schrotte, Siggartenschäft,
 Wuldestraße 2. 9371

Stiften

in jeder Größe nach Maß,
 bill. ab. **Paul Fabian,**
 Dummerlei 17. Tel. 11389.

Jeden Montag: Spezialtag

Erste Sorte Knoblauchwurst à Pfd. 75 Pf.

Jeden Dienstag: Spezialtag

Moriadella 1/2 Pfund 25 Pf.
Georg Hildebrand
 Fabrik feiner
Fleisch- u. Wurstwaren.

Blaue Arbeiter-Rosen u. -Jacken,

Swaters und geänderte Jacken,
 für Herren und Knaben
 Tritotagen und Strumpfwaren.
Berthold Riedel, Friedrich-
 Wäldchenstr. 55.

Stauend billiges Angebot!

nur **Gräbschauerstr. 13, J. Maiz.**

Große Auswahl

 Puppenwagen.
 Puppenwagen, Puppensportw., Kinderklappst. Stühle, Tische, Korbwar., Kindermetallbettst.

Pflanzenfest

weich, hart, 100 54 Pfg.
 gelb, weich, mit 58 Pfg.
 Buttergemisch. 68 Pfg.
 mit 100% Butter
 schmelzend. 68 Pfg.
 Offertiert das
Haupt-Spezial-Geschäft
J. May sen.,
 Bäckerstraße 7
 Telefon: 9114. 9326

Der Minister des Innern.

Berlin, den 10. Dezember 1911. I o 2316.

Durch Kaiserliche Verordnung vom 8. Dezember d. Js. (Reichs-
 gesetzblatt Seite 965) ist bestimmt worden, daß die Neuwahlen
 für den Reichstag

am 12. Januar 1912
 stattzufinden haben.

von Dallwig.

Vorsiehender Auszug aus dem Erlaß des Herrn Minister des
 Innern vom 10. Dezember d. Js. wird hiermit öffentlich bekannt
 gemacht. 9329

Breslau, den 16. Dezember 1911.

Der Magistrat
 hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.
 G. Vender. Frederick.

Zum Weihnachtsfest

empfehlen unterzeichnete ihre
Bäckereien

einer geneigten Beachtung.
 Wir empfehlen **Kuchen, Stollen** und alle Backwaren.
 Bestellungen und **Saubäckerei** werden prompt erledigt.
Karl Deilmüller, Wärentroße 32.
Erll Hanke, Tschauerstraße 4.
Alfred H. Ih, Scheinlstraße 44.
August Nitzpan, Al. Grochenaße 84.
Bruno Schäfer, Neue Tauenienstraße 60.
Herrmann Titz, Weinstadt 7.
Julius Ziegler, Tschepnerstraße 8.

Praktisches Weihnachtsgeschenk für Herren

ist und bleibt das Beste

Zigarren u. Zigaretten.

Bei jedem anderen Gegenstand ist es unangenehm, wenn er doppelt gesteuert
 wird, oder er passt nicht oder er findet nicht den Beifall des Empfängers.
 Anders ist es mit den Zigarren, diese kann ein Raucher nie zuviel haben, er
 wird sich stets darüber freuen, um so mehr, wenn es gute Zigarren sind.
 Meine Präsentkistchen 25 Stück von 1.25 Mk. an bis 3.- Mk.
 50 Stück " 2.50 " " 7.50 "
 offeriere ich: 100 Stück " 4.00 " an aufwärts. 9312
Viktor Grieger, Hirschstrasse 34.

In der Oder

straße 5, weißes Eckel vom Rinec. befindet sich der Verkauf

Weihnachts-Artikel

praktischer
 Raum-Garnituren im Karton M. 1,00 1,20 2,60
 Raff-Garnituren mit Spiegel M. 0,50 0,85 1,50
 Tischset mit Schaufeln M. 0,50 0,85 1,50
 Schreibtisch mit Wandbüchse M. 1,00 1,60 2,25
 Kleiderbüchse-Garnituren am Bett M. 0,75 1,50 3,00
 Kleiderbüchse-Garnituren am Spiegel M. 0,35 0,50 1,00
 Toilette-Setzen im Karton M. 0,30 0,50 1,00
 Tisch-Rehrmaschinen mit Stiel M. 10,80 12,00 14,00
 Vohnerbüchsen m. bewegl. Stielhals M. 3,75 8,75
 Taschen-Rehräcker, Taschenschränke, Marktstaschen
 Sandspiegel, Kuba-eier, Schwämme, Zahnstiefelständer,
 Kämme, Möbelstühle, Koffhaarbürsten etc. etc. billigst. 9328

London & Co., Oderstr. 5, 2. Viertel

vom Ringe.

Weihnachtsbücher

für unsere Abonnenten.
 Wie entstanden
Weltall und Menschheit?
 von Willy Peterson-Kinberg.
 Mit zahlreichen farbigen und schwarzen Tafeln,
 Karten, Beilagen und Textabbildungen.
 Zu dem billigen Preise von nur 80 Pfg.
 Nach auswärts 1.10 Mark.

„Das Nachtsyl“

von Maxim Gorki.
 Reich illustriert, Leinenband, nur 1.10 Mark
 auswärts 1.30 Mark.

Henrik Ibsen dram. Werke

3 Bände
 Prachteinband für nur 3 Mark
 auswärts 1. Zone 3.25 Mark, 2. Zone 3.50 Mark.

Zu beziehen durch die
Expedition und Austräger der Volkswacht.

„Der wahre Jakob“

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Dezember.

Geschichtskalender. 19. Dezember.

1741 Der Nordpolreisende Vitus Bering auf der Beringinsel.
1809 Die Tragödin Clara Ziegler in München.

Genossen des Wahlkreises

Breslau (Land)-Neumarkt.

Es ist von vielen Dörfern gemeldet worden, daß die Gemeindevorsteher das Abschreiben der Wählerlisten verweigern. Ebenso wurde bemerkt, daß gerade die Arbeiter, Handwerker, kleine Landwirte usw. in den Listen fehlen, deshalb sollen sich die Genossen überall auf die Verfügung des Ministers berufen, und sofort beim Landrat beschweren. Genossen, nützt die Zeit, denn die Listen liegen nur bis zum 21. Dezember aus, und in dieser Zeit muß alles erledigt sein.

Wen wählen wir?

Eine Woche nach Heiligabend, und sie mag es vielen nicht recht sein oder nicht, in das eherne Gedröng des Wahlkampfes einen verisimilischen Klang. Das Weihnachtsglück fordert für eine kurze Frist Freude und Friede von den Menschen. Doch die Arbeiterchaft wird durch die kommenden Tage der Herrschaft des Lichterbaums und der idyllischen Familienfreuden nicht um Haarsbreite abgelenkt werden von den Entscheidungsfragen des Wahllages, grade deshalb, weil sie den wirklichen „Frieden auf Erden“ will.

Die letzte große Volksversammlung, die wir am Sonntag im Gewerkschaftshaus veranstalteten, gab dafür lebendige Kunde; lange vor der festgesetzten Stunde waren Saal und Galerien von Männern und Frauen dicht besetzt. Leider hatte der angefordigte Redner, Genosse Richard Fischer, wegen einer Erkrankung ablagen müssen. Für ihn sprang Robert Schmidt ein, und unter freiflüchtiger Sozialpolitik wühlte in seiner eindringlichen und sachlichen Art aus dem Thema des abends: „Wen wählen wir?“ so viel herauszuholen, daß ihn während seiner Rede häufig lebhaft Beifallstunndgebungen unterbrachen.

Nach einer knappen Darstellung der politischen Lage vor den kommenden Wahlen von 1907 befaßte sich Schmidt eingehend mit der letzten großen Frage der Politik, dem Marokkoproblem. Welch ein unwürdiger Zustand, daß ein Einzelner und nicht das ganze Volk über Krieg und Frieden entscheidet! Das Verhalten des Monarchen habe deutlich genug gezeigt, wie nahe die Gefahr gewesen sei, daß eine Kriegspartei in der Regierung — nicht auf dem Schlachtfeld! — den Stolz errungen hätte. Die großen Massen des Volkes wären es gewesen, die die größten Opfer an Gut und Blut für die Interessen einer Hand voll beutegieriger Kapitalisten zu tragen hätten. Treffend bezeichnete der Redner das Verhalten der Kriegsbereitenden Junker. Seit von Venedig habe zwar im Reichstag erklärt, daß sie im Kriegsfall gern mit ihrem Vermögen einstehen würden, oder das glaube ihnen kein Mensch; sie wären gewiß die ersten gewesen, die ihr Kapital im Auslande angelegt und die Risiken der Armer aufgebürdet hätten. Die Bedrücker und Unterdrücker des Volkes seien ja in Schloß und in der Industrie und in der Landwirtschaft in gleichem Maße vertreten; mag es diesmal „auf's Ganze“ gehen!

Wahrlich, so fuhr der Redner fort, das deutsche Volk hat längst ein Anrecht darauf, mit den politischen Entscheidungen der Junkerschaft ein Ende zu machen; es will nicht länger hinter den europäischen Westmächten in diesen Dingen zurückbleiben. Fort auch mit der Kolonialpolitik, die uns in den fernen Ländern mit anderen Groberwerbemächten hineintribt! Welch eine elende Phrasologie, daß das deutsche Volk Kolonien

brauche, um seinen Menschenüberschuß abzuführen! Eine halbe Million Ausländer kommen alljährlich nach Deutschland und finden hier Arbeit; freilich, es sind billige Arbeitskräfte, die drücken auf die Löhne. Das nächste materielle Interesse ist für die Herrschenden, die immer die „große nationale Aufgabe“ im Munde führen, allein maßgebend. Und sie wagen es noch, der Sozialdemokratie, die mit der Verbesserung der Arbeiter die größte Kulturtaufgabe erfüllt, „Materialismus“ vorzuwerfen!

Ja, man ist sogar jetzt bedacht, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu zerschlagen! Wie die Verhandlungen des sächsischen Landtages ergeben haben, ist eine neue Sucht hausvorlage, genannt „Schutz“ des Koalitionsrechts, in der Schilde, und die Haupttreiber sind die Nationalliberalen, zu denen ja auch Dr. Grund gehört. Allerdings, die sächsische Regierung hat erklärt, daß auch die Unternehmer getroffen werden sollten. Unter kühner Zustimmung der Versammlung laute Genosse Schmidt die Väterlichkeit einer solchen Behauptung bei unserer Klassenstufe dar. Er schäufte weiter das Schwachen der Privatangestellten, deren Organisationen von den Schatzmachern bekränzt werden, und die folgende Empörung unter den Unterbeamten. Der „Nutz nach links“ ist deutlich sichtbar. Allerdings, die Liberalen und Freisinnigen, das rechte auch der Handlung, haben bereits Angst vor dem eigenen Mute; vor solchen Fellen, die am liebsten wieder die Verständigung herbeiführen, führen die Augen nicht ins Maulschloß. Selbst es doch auch im fortschrittlichen Wahlkreis, das allzu starke Anwachsen der Sozialdemokratie würde der Reaktion neue Kräfte zuführen! Die Revolutionäre waren ja auch bereit, bei der „Innovationsform dem Volke 100 Millionen indifferenter Steuern aufzubürden und mit besonderer Wahl benachteiligte Schichten über die Reichsversicherungsordnung und beim Feldmarschall. Was sie sich als eckige Arbeiterparteie gegen die Sicherung des geringsten Lohnes anwandeln. Die „Innovationsform“ ist endlich Schmitz's Parolen über die Konvention aus, die den Schutz der weiblichen Arbeit in den obersteilischen Kohlenbergwerken verhindern wollten.



Nur noch wenige Tage

lieht die Wählerliste aus und zwar im amtlichen Lokal Zwingerstraße 14 und im sozialdemokratischen Wahlbureau Gartenstraße Nr. 3, am Sonnenplatz (Grundstück der städtischen Schulverwaltung). Die Wählerliste ist, wie immer, fehlerhaft; sehe sie deshalb jeder ein.

Die Formulare mit den Wählern aus den Werkstätten und Fabriken können im sozialdemokratischen Wahlbureau nur bis Dienstagabend angenommen werden, da es sonst nicht mehr möglich ist, die nicht eingetragenen Wähler zu benachrichtigen.



Mehr als je, so schloß der Redner, sei die Internationalität der Arbeiter notwendig. Eben habe sie die Nachhader davor gewarnt, die Sozialisten zu entlassen. Schon hämmerte die neue Zeit des Sozialismus darauf, wo statt des nationalen Hasses der friedliche Verkehr der Menschen herrsche, nicht die bloße Ausnützung der Technik, sondern die höchste Förderung der Kultur maßgebend sei, wo die Arbeit der Arbeiter zu einer entseßlichen Veranagenheit der Menschheit gebäre. Wen wählen wir am 12. Januar? Die Sozialdemokraten!

Wraulender Beifall bekrönte das Einverständnis aller mit dieser Parole. Eine Ansprache folgte nicht, der Vorkfende, Genosse Weese, wies noch kurz darauf hin, daß wir den Wahlkampf anständig führten, was man von den Gegnern freilich nicht sagen könne. Nach der letzten reaktionären Versammlung im Konzerthaus hatten sich unsere Jungblutver-

teiler nur mit Mühe vor fälligen Angriffen schützen können. Nach dem Himmels auf die rechtzeitige Einsicht in die Wählerlisten noch ein brauendes Hoch auf die Sozialdemokratie — dann war man am Schlusse der prächtigen Versammlung.

Genossen, Freunde, arbeitet auch in der Weihnachtswoche weiter in eurem Kreise für den Belierdöser Sozialismus! Und dann mit frischen Kräften an die Arbeit, zur letzten gewaltigen Anspannung, die uns mit dem Siege gelohnt werden soll!

Orthopädisches Schulkolturnen an den Breslauer Volksschulen.

Das Breslauer Gemeindeblatt schreibt: Da sich herausgestellt hat, daß das normale Schulkolturnen seinen vollen Erfolg nur bei körperlich gesunden Kindern entfaltet, hat man bereits in verschiedenen Orten — entsprechend der Einrichtung der Hilfsschulen für geistig schwach entwickelte Kinder — für die Schulkolturner, die an Schwäche der Rückenmuskeln, an Haltungseffern und beginnender seitlicher Hüftgratsverkrümmung leiden, Sonderturnkurse, sogenannte orthopädische Turnkurse eingerichtet. Auf Grundlage der Vorbereitungen des Deutschen Orthopäden-Kongresses vom Jahre 1910, die eine Erklärung der zum Teil recht weit auseinandergehenden Ansichten über die Einrichtung und den Betrieb der orthopädischen Turnkurse gebracht haben und insbesondere dahin lauten, daß von der Teilnahme an den Turnkursen bereits ausgebildete Fälle von seitlicher Hüftgratsverkrümmung auszuschließen sind, daß die Leitung und Überwachung der Kurse durch einen Spezialarzt für Orthopädie ausgeübt werden soll, und daß die diesen Turnunterricht erteilenden Lehrer und Lehrerinnen besonders vorgebildet werden müssen, hat die Breslauer Schulverwaltung beschlossen, auch an den hiesigen Volksschulen das orthopädische Schulkolturnen einzuführen und hat mit der Einrichtung und Leitung desselben Herrn Schularzt und Spezialarzt für Orthopädie Dr. Weizen und Herrn städtischen Turninspektor Wühner betraut, die auch im Auftrage des Magistrats eine informative Besichtigungsreise nach mehreren Städten, in welchen das orthopädische Schulkolturnen bereits als ständige Einrichtung besteht, gemacht haben.

Am 4. d. Mts. ist dieses neue Werk städtischer Jugendfürsorge ins Leben getreten und in der Turnhalle des Klüfers-Hygieneinstituts zunächst mit einer Knaben- und einer Mädchenabteilung zu je 20 Kindern durch eine Ansprache des Dr. Weizen und des Herrn Schulrat Dr. Gaudeloh an die fast vollständig erschienenen Eltern der teilnehmenden Kinder eröffnet worden.

Die Einrichtung soll schon im neuen Schuljahre eine wesentliche Erweiterung erfahren.

Die No: der Eisenbahn-Unterbeamten.

Von der steigenden Unzufriedenheit unter den Beamten hervorgerufen durch die Unzulänglichkeit der letzten Verbesserungen in Verbindung mit der jetzigen Teuerung, legte eine stark besuchte Versammlung der Weichensteller im Pincushaus Zeugnis ab, zu der Delegierte aus der ganzen Provinz gesandt worden waren. Von den eingeladenen Landtagsabgeordneten waren von den Konservativen Dr. Wagner in Breslau, Duchs aus Glogau-Ruben, v. Reichenstein aus Schweidnitz-Striegau, von den Freisinnigen Wente aus Hirschberg erschienen.

Die Unterbeamten der Eisenbahn, und vor allem die Weichensteller, haben wahrlich Grund genug zur ehrliehen Unzufriedenheit! Die Wäher, die in der gestrigen Versammlung aufgerollt

Wähler, seht die Listen ein!

Wähler, seht die Listen ein, Keiner darf drin fehlen! Seht Ihr etwa nicht mit drein, Seht Ihr auch nicht wählen! Wähler — unterseht die Listen, In jeder erste Bürgerpflicht!

Über wählt nicht schwarz, nicht blau — Wählet Volks-Vertreter, Männer, die nicht schlaf und lau, Nicht Erfolgsanbeter, Die gehorchen jedes Wink — Mein, wählt alle, alle links!

Wähler! — Wer nicht richtig wählt, Hilft den Druck erneuern, Unter dem das Volk sich quält, Und erhöht die Steuern! Wähler, seht die Listen ein: Jeder muß am Platze sein! S. K.

Der Rosenkavalier.

Comödie für Musik in 3 Aufzügen von Hugo von Hofmannsthal. — Musik von Richard Strauss.

Am Dienstag soll das letzte Bühnenwerk des hiesigen Hofoperhauses und viel angefeindeten königlich preussischen Hofkapellmeisters hier zur Aufführung gelangen, nachdem es am 26. Januar 1911 in Dresden seine Uraufführung erlebt hat. Nach dem plötzlichen ablaufenden Interesse, welches sich bei „Salome“ und „Elektra“ gezeigt hat, hatte ich es für ein großes Risiko, dieses Wert hier in Szene gehen zu lassen, zumal für eine Proving-Opernhäute eine Verpflichtung dazu nicht besteht und Darstellung in der Güte der Dresdener und Berliner Hofbühnen hier weder verlangt noch geboten werden können. Es ist mindestens sehr zweifelhaft, ob der Erfolg, sei es der materielle, sei es der ideale, im Verhältnis zu der aufgewandten Mühe und den Kosten stehen wird. Der „Rosenkavalier“ soll nach eigener Angabe des Textdichters lediglich einen Kontrast zur „Elektra“ bilden. Es ist ein Kolossalstück aus der Zeit der Maria Theresia, in der Farbenpracht jener Periode gehalten. Das Hauptthema bildet das galante Leben Wiens mit eingestreuten Schilderungen der aristokratischen Gesellschaft. Die erste Szene ist von einem bezaubernden Parfüm durchdrungen. In ihrem luxuriösen Schlafgemach ist die Fürstin Werbenberg mit ihrem jungen Liebhaber

Oktaavian in zärtlichem Gespräch. Ein kleiner Negert bringt Schokolade; die Marschallin und Oktaavian setzen sich zum Frühstück. Da erntet draußen Lärm; der Liebhaber birgt sich hinter dem Bettvorhang, um nach kurzer Zeit in Weiberkleider als Jose wieder zu erscheinen. Inzwischen ist ein Vertreter der Marschallin, Baron Chas von Lerchenau, eingetroffen. Eine Art Fallsturz ist er, dorb und sinnlich, aber ohne dessen Väterlichkeit. Der Baron will durch eine Heirat mit einer kleinen Adligen keine Vermögensverhältnisse aufbessern und bittet seine Waise, ihr einen Kavallerer zu empfehlen, der nach damaliger Sitte der Braut eine silberne Kette überreichen soll. Er rennamiert gleichzeitig in seiner kühnen Weise mit seinem Glück in der Liebe und wirft verteilte Blicke auf die vermeintliche Jose. Er geht endlich, nachdem ihm die Marschallin den Grafen Oktaavian als den geeigneten Ueberbringer der Kette bezeichnet hat. Der zweite Aufzug spielt in dem Empfangssaal des Palais Farnal Oktaavian und Sophie Farnal haben sich gegenüber, durch die Liebe auf den ersten Blick gelendet und verlobt. In der folgenden Szene führt Herr von Farnal den Baron Chas seiner Tochter zu. Der Baron benimmt sich plump und unartig und wird von dem Degen des eifersüchtigen Oktaavian demüht. Es entsteht ein großer Skandal im Hause, schließlich läßt sich der Baron durch eine Kanne Wein beschwichtigen und findet seine gute Laune um so mehr wieder, als man ihm ein Bildet zuflüstert, in welchem er zu einem Stellbichem mit der „Jose“ eingeladen wird. Dieser Ausschluß soll auch unwillkürlich von guter Wirkung sein. Im dritten Akt erscheint Oktaavian als Jose im Etagenzimmer eines überbelemundeten Gasthauses. Durch einen italienischen Intriguer wird über der Baron jedesmal, wenn er zärtlich werden will, vermittelt schredhafter Ermahnungen so in Angst gelangt, daß er anfängt, an seinem Verstande zu zweifeln. In seiner Not schreit er nach der Polizei, der gegenüber er die „Jose“ als seine Braut Sophie von Farnal ausgibt. Zu seinem Pech aber kommt diese mit ihrem Vater, jedoch das Bürgengewebe an dem Tag kommt und als der Baron die Identität zwischen Oktaavian und der Jose merkt, macht er sich beschämt davon. Der Akt schließt mit zwei musikalisch außerordentlich reizvollen Gesangsstücken, von denen das Zerzett gelegentlich des Konzerts in der Festwoche hier zur Aufführung durch Dresdener Künstler gelangte.

Das Textbuch erscheint bei der Verfüre langanhmig und nicht weniger als kurzweilig. Es hat ihm eine gewisse Schwermüdigkeit an und man darf gespannt sein, ob es Richard Strauss gelangen ist, die Musik leuchtendiger zu gestalten. Ueber den musikalischen Wert des Werkes, das sich aus dem Klavierauszug nicht entfernt beurteilen läßt, sowie über die Aufführung und Aufnahme wird am Mittwoch eingehend berichtet werden. S. K.

Aus aller Welt.

Ein riesiger Darlehensschwindel. Wegen unglaublicher Schwindelereien ist der 40 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Hauptmann a. D. Ernst Lehmann verhaftet worden. Er stand früher in Glogau und zuletzt in Klitten. Dort nahm er im Juli d. J. seinen Abschied. Um sich über Wasser zu halten, verfiel er auf Schwindelereien. Besonders Vertrauen versuchte er dadurch zu erwecken, daß er Geldgebern vorlegte, seine Frau sei eine geborene v. Bleichröder. In Wirklichkeit stammt seine Gattin aus einer einfachen kleinstädtischen Familie. Sie lebt schon seit längerer Zeit getrennt von ihm. Als Unterlage für Schwindelereien diente Lehmann namentlich auch seine Wohnungseinrichtung, die 27.000 Mark wert sein sollte. Gelegentlich, sie nicht weniger als 31 Mal für je 2000 Mark zu verpfänden, so daß er darauf im ganzen 62.000 Mark erhielt. Keiner der Gläubiger mußte natürlich von dem Fandbruch des anderen. Endlich verlor er auch noch die so oft verpfändete Einrichtung. Auf andere Unterpfänder verfiel sich Lehmann noch 200.000 Mark. Nach einem Aufsehen in Paris kehrte er, nachdem seine Mittel erschöpft waren, nach Berlin zurück. Zuletzt wohnte er in einem Pensionat am Bismarckplatz. Unterdessen liefen gegen ihn von Geschädigten verschiedene Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft ein. Die Folge war, daß Lehmann verhaftet wurde.

Im Landenshlag gefangen. In einer der letzten Nächte hörte die Frau eines Merseburger Ackerbauers im Hofe ein verdächtiges Geräusch. Rasch weckte sie ihren Mann, dieser eilte auf den Hof, sieht eine Laterne am Zaunenshlag stehen, zieht sie hinweg, und im hellen Mondenschein bemerkt er, wie zwei Spitzbuben aus der angestüllten Herabshauen. In aller Ruhe seht der glückliche Entdecker die Polizei in Kenntnis, und geduldig mußten die Gauner ausbarren, bis sie die Staatsgewalt mit offenen Armen in Empfang nahen.

Unglückfall. Ein schwerer und recht bedauerlicher Unglücksfall trat bei den Weihnachtsfesten zu, die zum besten eines Knabenhochs in einem Wohnhotel in Wien stattfanden und denen eine große Anzahl Zuhörer aus den besten Gesellschaftskreisen beiwohnten. Einer der mitwirkenden Knaben, der in einem leicht brennbaren Sesselstuhl auftrat, kam mit einer Grubenlampe zu Fall und in Nu stand sein Anzug in hellen Flammen. Sinnlos vor Angst und Schmerz ließ das Kind über die Bühne ... schreien hin und her, einer brennenden Fackel gleich, und zündete dabei noch zwei andere Knaben an. Das Publikum war fast vor Schreck gelang schließlich dem energischen Eingreifen mehrerer in den Saal stürmender Schutzhüter, der entstehenden Panik ein

hätten, redeten in ihrer Echtheit oft eine erschütternde Sprache. Alle Redner, die für ihre bestimmten Gruppen sprachen, wiesen darauf hin, daß gerade den Weichenstellern die Befähigungsreform von 1908 so gut wie nichts gebracht habe. So die Erhöhung um jährlich 20 Mark habe durch den Anfall der Steuerzulagen und durch die Verabfolgung von Besoldungen die Servistabelle für viele Unterbeamte eine Verschlechterung ihres Gehalts zur Folge gehabt. Bei der herrschenden Teuerung sei es für viele unmöglich, ihre Familien zu ernähren. Es wurde viel Material dafür beigebracht, wie erheblich diese Verschlechterungen teilweise sind. Viele Beamten erhielten jetzt volle 60 Mark weniger als früher; bei anderen sei die Zulage so minimal, daß diese noch neunjähriger Dienstaltigkeit ganze 10 Mark betrage. Ein Weichensteller erster Klasse erhalte, daß er mit 1400 Mark 16 Kinder ernähren mußte, von denen allerdings im Laufe der Jahre acht gestorben seien. Er habe es in 23jähriger Tätigkeit glücklich an 2000 Mark Mehreinnahme gebracht. Auch sonst wurden noch viele erhebliche Klagen über die Anstellungs- und Dienstverhältnisse vorgebracht. Nach einer Breslauer Zeitungsnotiz haben von 115 der in Frage kommenden Beamten 37 keine Mißtrauenseinrede und die übrigen nur teilweise; ihre wöchentliche Dienstleistung betrage 7 1/2 Stunden mit dementsprechendem Lohn. Von dem sogenannten Dienstlohn hätten die Weichensteller wenig; sie seien dann so müde, daß sie zu keinem Gehälte garnicht kämen. Auch über das Arbeitspensum wurde geklagt; bis 18 Jahre dauere es, ehe die Eingestellten wirklich Beamte würden. Unter hundert Beamten seien durchschnittlich ganze zwei, die sich des Höchstgehaltes erfreuten. Folgende Forderungen wurden von allen Rednern erhoben:

1. An angemessene Gehaltserhöhung, denn jetzt müßten sich die Unterbeamten, wie einer von ihnen meinte, mit ihren Familien fast nur von Kartoffeln und Brot ernähren.
2. Erhöhung des Wohnzuschusses auf zwei Drittel des Gehalts für die mittleren Beamten.
3. Regelung und angemessene Vergütung des Nachschlusses.
4. Erholungsurlaub von 10 bis 14 Tagen für Unterbeamte von 40 bis 50 Jahren.

Zudem wurden noch Wünsche über Vorfahrung von Schuttscheidungen, über besondere Zulagen für Familienkassen, über schnelleren Aufbruch in die Beamtenrubrik laut. Es wurde mit festem Nachdruck auf die ungeheure Verantwortung hingewiesen, die die Weichensteller bei ihrem aufreibenden Dienst hätten und die sonst nirgends ein Gegenstück habe. Von ihnen hänge Gut und Blut vieler ab, und darum verdienen sie schon, gehört zu werden. Wie anstrengend ihr Dienst sei, erkenne man auch an dem hohen Steigen der Sterblichkeitsziffer. Die Postunterbeamten seien im Vergleich zu den Eisenbahn-Unterbeamten vielfach besser gestellt. In der Aussprache hatte der freikonservative Herr Doktor Wagner angedeutet, die ersüßternden Glendebilder den Hut, sich auf das Wort seines Fraktionskollegen von Jedem zu beziehen: „Die Regierung soll sich von niemandem in der Fürsorge für ihre Anstellungen überlassen lassen“. Ihr und die Verwaltungen müßte man es überlassen, was sie im einzelnen den Beamten gewähren wollten. Eine neue grundsätzliche Regelung der Befähigungsreform und eine Erhöhung des Wohnzuschusses sei jetzt nicht möglich; vielmehr würde die Regierung von selbst eine Teuerungszulage. Auf den Gehältern der Beamten müßte sich lebhaft Einwirkung! Aber auch der freikonservative Abgeordnete Wenzel konnte keineswegs mehr verdrängen, als „möglichste Beseitigung der Härten“; es sei eben alles von der Regierung und den Finanzen abhängig. Einen erheblichen Anstieg bekam die Ausbreitung kann durch die Arbeitslosen der 1908. Generalversammlung z. D. Freiherr v. Reichenstein, der in bombastischen Tönen an die „preussische Prese zum angekommenen Fürstentum“ gemahnte. Darob erspart der Vorleser so in Ehrfurcht, daß er die Versammlung sofort aufstehen und ein dreifaches Hoch auf den Redner ausbringen ließ! Zum guten Ende kam noch der bekannte reaktionäre Schwesbischauer Kabelle, der die Unterbeamten zur Einigkeit mahnte, dann aber in patriotischen Sentenzen an die bevorstehenden Wahlen erinnerte: die Beamten seien von der roten Flut durch einen breiten Graben getrennt! Na, na, Herr Kabelle, so breit ist der Graben nicht, daß ihn nicht mancher der Unterbeamten am 12. Januar ohne Bedenken überbrücken wird!

Zum Schluß gab's noch eine ganze Serie von Hochrufen: hoch den hohen Herren Abgeordneten! Hoch dem Eisenbahn-Minister! Hoch dem Breslauer Eisenbahn-Präsidenten! Dann war's zu Ende. Man sah an diesem sonderbaren Verhalten, wie viele Unterbeamte noch von einer würdigen und aufrechten Vertretung ihrer Standesinteressen entsetzt sind. Hoffentlich hat mancher von ihnen aus unseren Flugblättern, die am Ausgange verteilt wurden, gelernt, wie man sich eine menschenwürdige Existenz zu Ende zu machen. Zwei Knaben sind lebensgefährlich verlegt, ein dritter ist weniger schwer verbrannt. Der tödliche Fall der Zubörer bestand aus Damen, die in dem kritischen Augenblicke reungelöst vor Schreck auf ihren Plätzen sitzen blieben, ohne sofort einzutreten.

Blatt in Berlin O. Der dem Danie Gubenerstraße 19 im Osten Berlins am 20. Jahre alle Arbeiter Otto Soldner aus der Finowstraße 27 in Sichtenbera und der gleichaltrige Arbeiter Wilhelm Tabe aus der Thierstraße 7 in Berlin in einen bestialischen Streit. Im Verlauf des Wortwechsels war Tabe einer harten Schläger hervor und brachte seinem Gegner mehrere schwere Stiche bei, die den Tod des Arbeiters Soldner zur Folge hatten. Der Täter wurde von der Revierpolizei in Haft genommen.

Raubmord. Der Admiral Delivoren wurde, als er in der Petersburger Reichsrente sein Ruhegehalt abgeholt hatte, vor dem Gebäude von drei Individuen überfallen und seiner Brieftasche, welche 1800 Rubel enthielt, beraubt. Dem Täter ist es gelungen, zu entkommen.

Brand. Sonntag Nacht wurde in dem Wiener Bezirk Ditzing die 66 Jahre alte Privatierin Katharina Groner von ihrem heimkehrenden Sohne ermordet aufgefunden. Der Tat dringend verdächtig ist die Schwiegertochter.

Schiffsunglück. An der Kaiser-Wilhelmbrücke unterhalb der Schloßstraße in Berlin stießen die beiden Dampfer „Vorwärts“ und „Blücher“ zusammen. Der Dampfer „Vorwärts“ legte sich sofort auf die Seite und sank. Dabei bohrte sich das Heck in einen Obelisk, der ebenfalls in die Gefahr des Sinkens geriet, aber durch Anpumpen von Wasser erhalten wurde. Da auf dem Dampfer „Vorwärts“ befindliche Mannschaft konnte sich retten.

Im Pöbel angekommen. Ein aufsehenerregender Bericht ist auf einem Pariser Untergrundbahnhof ab. Unmittelbar vor der Abfahrt des Zuges sprang ein Verbrecher, der von einem Detektiv verfolgt wurde, in einen Wasser. Hinter ihm schloß der Bahnbeamte die Tür und

erpressen vermag, wo die Feinde und wo die Freunde der Unterbeamten stehen.

Die nächste Volksvorstellung

im Thalia-Theater, die vom Bildungsausschuss veranstaltet wird, findet am 1. Weihnachtstag, namlich 3 1/2 Uhr, statt. Zur Aufführung gelangt Schönherr's vielbesprochenes und langweiliges Drama

„Glaube und Heimat“.

Die Billetausgabe dazu erfolgt am Montag, den 18. Dezember, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

* Ein Schuß, der daneben ging.

In der Wahlversammlung der rechtsstehenden Parteien in Breslau, sagte der konservative Kandidat Justizrat Grügner:

In welcher Form sich der Haß der Sozialdemokratie gegen die Monarchie äußert, davon liefern die sozialdemokratischen Zeitungen täglich Beispiele, die in der empörenden Form der Verunglimpfung des Kaisers jeden Patrioten mit Entschiedenheit erfüllen müssen.

Herr Grügner denunziert. Er denunziert aber nicht nur die sozialdemokratischen Redakteure, sondern auch die preussischen Staatsanwälte, die ihm offenbar zu lässig sind. Wäre es wahr, daß die sozialdemokratische Presse Wilhelm II. täglich „in empörender Form verunglimpft“, dann würden wir auch täglich Mafelstäbe erdulden müssen.

Als Herr Grügner sprach, lag neben ihm sein freikonservativer Mitkandidat Herr Mener. Der tat, als ainge ihn die Sache nichts an. Jedenfalls aber weiß er ganz gut, wer im Zusammenhang mit den Hohenzollern von einem Geschlecht von Weibern gesprochen und Wilhelm II. einen „valoureuse poltron“ genannt hat, weil er auf die verbrecherischen Mächten der Kriegsheer nicht eingieng. Das war das Organ der freikonservativen Partei, die „Posi“.

*** Nach links wollen auch die Schwarzviehhändler.** Im Saale des „Königs von Ungarn“ tagte am Sonntagabend der Verein der Schwarzviehhändler der Provinz Schlesien und Posen. Der Generalsekretär des Vereins, Herr Scholz aus Berlin, erläuterte den Tätigkeitsbericht und zugleich schilderte die Lage der Schwarzviehhändler. So lange es Lichtdunst gibt, läßt er aus, werde es Viehhändler geben. Man gehe aber davon, den Handel zu erwidern oder in gar unmöglich zu machen. Die Herren Junger weiten jede Schuld an der Preisverminderung von sich und schieben sie dem Zwischenhandel zu. Dagegen haben nicht nur die Fleischer, sondern auch die Händler kräftig vorzugehen, denn sie sind nicht die Verursacher. Die Teuerung liege in unserem ganzen Wirtschafts- und Volkssystem. Die Lage der Händler sei durchaus keine so glänzende, wie allgemein geglaubt werde. Wer die Verhältnisse nicht kennt, weiß nichts von den mancherlei Bedrückungen, denen der Viehhändler unentgeltlich sei. Auch für die Maul- und Klauenseuche, die jetzt schon seit 15 Monaten herrscht, werden die Händler verantwortlich gemacht; sie sollen die Verbreiter der Seuche sein. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Man erwäge nur den letzten Jahrgang geäußerten Wunsch nach einer strengen Stallkontrolle auf dem Lande. Wer dafür gäbe es kein Geld, wie notwendig auch eine solche Vorkehrung zur Verhütung von Seuchen wäre. Die Landwirtschafft soll von allem reichlich bleiben, nur dem Gewerbetreibenden soll man auf den Hals. Umfassende Maßnahmen sind allerdings erforderlich; aber die Maßregeln, die von den Behörden auszugehen, schädigen mehr als die Seuche selbst. In seinen weiteren Ausführungen kommt der Redner zu dem Schluß, daß bei den nächsten Reichstagswahlen der Ruf nach links leben muß. Der kommende Reichstag müsse von Männern besetzt sein, die ein größeres Verständnis und mehr Herz für die gewerbetreibende Bevölkerung haben. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

*** Gemeindevertretung in Krietern.** Die Sitzung am Sonntag, den 16. Dezember, war außerordentlich wichtig. Trotz lebhaften Widerstands wurde gleich zu Anfang die Selbstständigkeit ausgeschlossen. Der längere Teil wurde ein Antrag beschlossen, wonach der Gemeindevorsteher verfassungsmäßig sein soll. Die dem Statut bei der Kreisauflösung seine Zustimmung verweigert. Ein Antrag, Bekämpfer beim Bezirksrat einzulernen, wurde abgelehnt. Es lagen dann noch verschiedene Anträge vor, wonach man die Stelle eines Rendanten neu schaffen will. Der Gemeindevorsteher sollte zugleich Gemeindevorstand sein. Weiter sollte er in dem neuen Rollen von Sonderrecht gemacht werden; ebenso sollten seine Hinterbliebenen Witwen- und Waisengeld beziehen. Nach lebhaftem Hin und Her wurde die Beschlußfassung über diese Anträge verlagert. Der Antrag, einer städtischen Kollektengesellschaft aus

allem einen Mittel die Kollekten zu unterstützen, wurde abgelehnt.

Der Verein Breslauer Kanarienzüchter und Liebhaber veranstaltete vom 15. bis 18. Dezember eine Ausstellung, verbunden mit Bräuterei und Verlosung. Es erhielten folgende Preise: Rückert, Breslau, die große goldene Medaille; Foremba, Breslau, den ersten Preis; Schöne, Breslau, den 2. städtischen Ehrenpreis; Wettermann, Schweidnitz den 3. und 4. städtischen Ehrenpreis; Danzel, Breslau, die große silbervergoldete Medaille; Fürstner, Leipzig, die kleine silbervergoldete Medaille; Weichmann, Liegnitz, die große silberne Medaille; Zuff, Goldschmiedem, die kleine silberne Medaille. In den Selbstjudikaffe erhielten: Heudert, Breslau, die goldene Medaille und den ersten Vereins-Ehrenpreis; Reichelt, Breslau, die goldene Medaille und den 2. Vereins-Ehrenpreis; Danzel in Breslau die goldene Medaille und den 3. Vereins-Ehrenpreis; Rückert in Breslau die goldene Medaille und den 4. Vereins-Ehrenpreis; Zuff in Breslau die goldene Medaille und den 5. Vereins-Ehrenpreis; Broßig in Breslau die große silberne Medaille und den 6. Vereins-Ehrenpreis; Alchiner in Breslau die kleine silberne Medaille und den 7. Vereins-Ehrenpreis; Wirth in Breslau die kleine silberne Medaille und den 8. Vereins-Ehrenpreis und Gehauer in Breslau den 9. Vereins-Ehrenpreis. Außerdem erhielt Herr Heudert in Breslau 10 Mk. für den besten Kanarienvogel. — Außerdem war der bekannte Fischzüchter Baucke in Breslau mit fremdländischen Fischen vertreten. Herrn Baucke wurde für seine gesamten Leistungen die große goldene Medaille verliehen.

*** Ein Provisionsreisender,** der sich einer Arbeiterfrau gegenüber sehr unangemessen benommen hatte, wurde dieser Tage vom hiesigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Frau bestellte ein so genanntes „Gratis-Semi-Email-Verdacht“, das nach einer Photographie hergestellt werden sollte. Einige Wochen später erschien der angefallene junge Mann wieder bei der Frau, um ihr das fertigestellte etwa maßstabgroße Porträt zu überbringen. Obwohl sich die Frau zu keinerlei Nachstellungen anfangs verpflichtet, war sie doch entgegenkommend genug, eine brochenförmige Einfassung des Porträts zu bestellen. Der Reisende forderte eine Anzahlung, die er sich als seine Provision hätte behalten dürfen. Die Bestellerin konnte beim besten Willen nicht zahlen, weil sie die wenigen Mark, die sie bei sich hatte, schon gebraucht, um das Notwendigste im Haushalt zu bestreiten. Teufel ungeachtet drang der Provisionsreisende auf die Anzahlung und erklärte, wenn sie ihm nicht gegeben werde, gebe er die Photographie nicht heraus, worauf die Frau großen Wert lege. Da rief der Frau schließlich die Geduld und es kam im Entree der Wohnung zu einem unanständigen Handgemenge. Durch hinzugeeilte Nachbarn mußte der Friedensstörer gezwungen aus der Wohnung entfernt und einem Schutzmann zur Feststellung seiner Personalien übergeben werden. Neben dem Reisenden mußte auch die Frau des Arbeiters in der Anklagebank Platz nehmen, weil sie in ihrer bei reichlichen Erregung dem aufrichtigsten Menschen eine Ohrfeige verjagt hatte. Den Reisenden verurteilte das Gericht wegen Körperverletzung, Beleidigung, Verhöhnung und Hausfriedensbruchs; bei der Frau nahm das Gericht an, daß sie in berechtigter Notwehr gehandelt habe, weshalb sie freigesprochen wurde. — Recht andringlich gehen oft auch die Provisionsreisenden der Abzahlungsgeschäfte ans Werk. Sie nageln den Arbeiterfrauen vielfach einen Anklage oder ein Bild an die Wand, ohne ihnen zur zeitlichen Ueberlegung des Kaufes die nötige Zeit zu lassen. Dinterher kommt dann die Abzahlungsgesellschaft, um Unzucht wegen Betruges zu machen, wenn eine arme Frau ein solches ihr wider Willen aufgedrungenes Stück im Verkauf schafft, um die Preise zu bezahlen oder ein bisschen Feuerung für die kalte Stube zu kaufen. Schmeißt sie künftig so einen andringlichen Kerl einfach aus der Wohnung! belebte unläuglich ein Gerichtsvorläufer eine arme Frau, die wegen eines solchen Betruges angeklagt war und leider auch verurteilt wurde. Der Rat des Richters ist wirklich zu beherzigen, wenn man vor Schaden und unnützen gerichtlichen Scherereien bewahrt bleiben will.

*** Landdistrikt 5 (Schwig).** Die Wahlertlisten sind vom heutigen Tage an in jedem Mann in der Wohnung des Gemäßigten Distrikt von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends einzusehen. Sämtliche Einwände müssen am 21. Dezember erledigt sein. Jeder Gemäßigter muß die Wahlertlisten einsehen. Die Wahlertlisten treffen sich Dienstag bei Kaluga zu einer Aussprache.

*** Ein frecher Einbruch** wurde in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag beim Gutswirt Köring in Schwig verübt. Durch gewaltsames Öffnen des Hühnerstalles wurden ihm zehn der besten Hühner und ein stattlicher Hahn gestohlen und abgeklaut; das munderwertige Geflügel liegen die Leber zurück. Nach getaner „Arbeit“ legten sie sich aufs Rad und brachten ihren Raub in Sicherheit.

*** Zusammenstoß mit einem Milchwagen.** Heute vormittag gegen 9 Uhr stieß in der Mathiasstraße ein Motorwagen der hiesigen Straßenbahn mit einem Milchwagen von Annamann sehr heftig zusammen. Pferd und Wagen fielen zur Seite und der Knäueler in großem Boagen vom Pocke, ohne sich schwer zu verletzen. Die Milch ergoß sich zu einer großen Lache auf das Straßenpflaster.

Zua setzte sich in Verreanna. Der Detektiv, der sein Opfer entziehen sah, wollte aufspringen. Niemand den ihn daran hindern den Angewiesenen zurück und verlor die Tür zu öffnen. Bevor ihm das aber gelang, hörte er und geriet unter die Räder des Zuges. Er war sofort tot.

Grüßteiner in einem Pariser Theater. Während der Vorstellung der Oper Perodias im Gaiete-Theater stürzte ein Gerüst ein, auf dem sich ein Duzend Statisten befanden. Die meisten erlitten erhebliche Verletzungen.

Zel-Hellung et es mehrfachen Mörder. Wie aus Clermont-Ferrand gemeldet wird, stellte sich der Schiffer und Widdich Courmier nach der Ermordung der beiden Ehepaare, die gegen ihn ausgelegt hatten, in dortigen Gefängnis, um die in dem Prozeß gegen ihn erkannten 20 Jahre Gefängnis zu verbüßen. Der Gefängniswärter erwiderte ihm: Es handelt sich nicht mehr um die 20 Jahre. Sie haben vier Menschen aus dem Leben gerettet. Jene, ermordete Courmier, ich habe viele Menschen umgebracht, ich weiß garnicht, wieviel.

32 Personen vom Blitzschlag getötet. Aus Madagaskar wird gemeldet, daß in der Nähe von Pianatania der Blitz in ein Haus einschlug, wobei zweiunddreißig Personen getötet und über vierzig schwer verletzt wurden.

Grüßteiner. Unter außergewöhnlichen Umständen hat die Gattin eines sehr wohlhabenden und angesehenen Großkaufmanns in Charlottenburg, der eben so wie seine Frau hiesiger Herkunft ist, ihren Leben durch Erschießen ein Ende gemacht.

Schlagwetterexplosion. In der Grube Napbach ereignete sich am 3. Schicht in Flöz 3 eine Schlagwetterexplosion, bei der vier Arbeiter verletzt wurden. Einer von ihnen konnte nur als Leiche geborgen werden, die drei Verletzten wurden in das hiesige Krankenhaus gebracht.

Schlagwetter. Das Purenburger „Brot“ melbet aus Differdingen; Auf der hiesigen Hütte stürzte ein sieben Meter hohes Gerüst ein. Zwei deutsche Monteure wurden auf der Stelle getötet, drei lebensgefährlich verletzt.

Das verheiratete Amt. Eine tödliche Geschichte passierte unlängst in Pattenbach (Bayern). Dort war der langjährige Kolonialdirektor gestorben, und auf die ausgearbeitete Stelle meldeten sich nicht weniger als 35 Bewerber. Drei davon kamen in die engere Wahl, und jeder der drei Kandidaten erhielt fünf Stimmen. Da war aus guter Natur; die Gemeindevorstandung sagte sich aber in Jalousie über die Sache zu belien.

Der wichtige Posten eines „Hüters der Ordnung“ wurde zur Versteigerung (A) ausgeschrieben, und der Wenigste nahm die sollte ihn erhalten. Mit 70 Mark ließ sich ein Liebhaber den Posten anfeigen; der Preis arg aber herunter bis auf 6 Mark. Die wirklich erstaunliche Wertung des Postens, in sein Vater so lange bekleidet hatte, empörte annehmend den Sohn des verstorbenen Ortspolitikers; denn plötzlich gab es ihm einen „Acht“ und er erklärte, er übernehme die Stelle ohne jede Vergütung. Da sich niemand fand, der auf die Stelle noch etwas darauf bezahlte hätte, erhielt er den Posten.

Literatur.

Die Weihnachtsnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben 20 Seiten stark erschienen. Sie enthält ein Porträt des verstorbenen französischen Parteigenossen Paul Lataure nebst kurzem Nachruf. Aus ihrem sonstigen Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:

Zeichnungen: Weihnachten 1911. — Bräutliches Christentum. Von Rich. Hoff. — Knecht Rupprecht. Von S. G. Jensch. — Aiderlen als Triumphator. Von M. Engert. — Großes Preisringen um die Weltmeisterchaft des Patriotismus. Von Emil Erl. — Der Kampf mit dem „Drachen“. Von J. Ebert. — Passendes Weihnachtsgeschenk. Von B. Krain. — Geschäftsvorben. Von Rich. Hoff. — Das europäische Gleichgewicht. Von S. G. Jensch. — Die Dilligen und die Mutter. Die Rechts- und Unseliberalen. Von M. Wanielow. — Der Dichtauer und seine Presse. Von Emil Erl. — Ein lokaler „Untertan“. Von J. Philod. — Die Schiffsabgaben. Von Emil Erl. — Ein Philosoph. Von D. Dellina. — Erbauungsmunden. Von Rich. Hoff. — Abgeworfen. Von M. Wanielow. — Weihnachten in Tripolis. Von S. G. Jensch.

Text: Neue Sterne. Von S. G. K. — Weihnachts-Liedchen. Von E. E. — Bücher für den Weihnachtstisch. — Eine nette Bekehrung. — Neueste Festtagsmenen. — Lieber Jacob! Von Jotibull Raule. — Mäuser im Schnee. Von Paul Enderling. — Traurige Weihnachten. Von Balduin. — Die Konstanzer „Germania“ und die Kartverlöcherinnen. Von Pic. — Reifliche Junggeleitener. Von Al. — Himmlische und irdische Liebe. — Ärgernis des Schlachtfeldes. Von Al. — Vorschläge zur Verhinderung sozialdemokratischer Wahlvereinstellungen. Von Justilian. — Was ichente ich zu Weihnachten? — Die Postunterbeamten. Von Richard Wagner. — Urv. usw.

Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. B. Dieß Nachf. S. m. d. D. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

Die Donnerstag Nachmittag ihre nächste Sitzung abhält, hat an allen wichtigen Vorlagen zu beraten die Erhöhung der Grundsteuer, den Antrag, das Zwingerrealgymnasium neu zu erbauen, und die Unterstützung der höheren Lehrmittelschulen. Aus den neuen Magistratsanträgen heben wir hervor:

Ein Teil der Milch für die städtischen Milchküchen ist bisher von dem städtischen Gute Klemberg geliefert worden. Diese Milch kam jedoch wegen der großen Entfernung Klemberg vom Bahnhofe Obernigk und wegen des Bahntransportes in Breslau stark ermärgert an, wodurch nach ärztlichem Gutachten die Entwicklung von Bakterien begünstigt wird. Durch Abkochen usw. wird die Milch nicht besser. Gerade bei Säuglingen aber können durch den Genuss solcher Milch schwere Ernährungsstörungen, Magen-Darmentzündungen hervorgerufen werden, die rasch zum Tode führen. Da alle Nährversuche der Klemberger Milch erfolglos waren, will der Magistrat vom Rittergutsbesitzer und Milchgroßhändler Wübbe vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 täglich 200 Liter gute Vollmilch kaufen; der Liter kostet 17,4 Pf. mit den gesamten Unkosten, die durch die Lieferung vom Dominium Wübbe aus entstehen.

Die für 1912 vorgesehenen Erweiterungen der Elektrizitätswerke sollen schon jetzt begonnen werden; der Magistrat verlangt dafür 500 000 Mark Voranschlag aus der Anleihe von 1900.

Der Bauausschuss empfiehlt den Volksschulneubau auf der Menzelstraße mit dem Antrage des Stadts. Dr. W. H. H. in dem Gebäude Räume für Jugendhöfe einzurichten. Ferner will der Ausschuss, daß der Magistrat ersucht wird, bei jedem künftigen Neubau von Volksschulen Räume für Jugendhöfe vorzusehen.

Armenunterstützung und Wahlrecht.

In unser Volkstheater kommen fortgesetzt Leute, die nicht in der Wahlrolle stehen, weil sie vorübergehend von der Stadt unterstützt worden sind und die Unterstützung noch nicht zurückgezahlt haben. Es handelt sich dabei um Waisenpflägel, Armenrechtsbewilligungen, Krankenhauskosten, Kinderbetreuung usw. Wie wir schon ausdrücklich darauf hinwies, daß in allen diesen Fällen nach dem Gesetz vom 15. März 1909 das Wahlrecht nicht verloren geht. Als Armenunterstützung ist nach diesem Gesetz nicht mehr anzusehen:

1. Die Armenunterstützung.
2. Die Anstaltspflege für einen Angehörigen (Frau und Kinder).
3. Die Unterstützung zur Erziehung oder Ausbildung für einen Beruf.
4. Sonstige Unterstützungen, wenn sie nur vorübergehende Leistungen bei einer augenblicklichen Notlage sind (Obdach, Heizung, Kleidung, einmalige Geldbeträge, Freischule, Verordnungen, Erbschaftskosten usw.).

Wer also mit solchen Angehörigen nur vorübergehend unterstützt wurde, muß in der Wahlrolle und sofort Einspruch erheben, wenn sein Name nicht eingetragen ist.

Sind wir in der Decadence? Ueber die wichtige Frage, ob die Menschen dem Verfall entgegengehen, hielt dieser Tage Professor Dr. Georg Koenig im Humboldtverein einen Vortrag. Der Redner führte u. a. folgendes aus: Sowie es um die körperlichen Rückgänge unseres Geschlechts geschrieben wird, so spricht doch die Zunahme der Bevölkerungszahl in erster Reihe dagegen. Diese Zunahme der Volkszahl beruht hauptsächlich auf Verminderung der Säuglingssterblichkeit. Der Ansicht, daß durch gesundheitliche Mängel der Säuglinge zu viel schwächliche Menschen heranwachsen, die durch den Kampf ums Leben besser ausgerollt würden, spricht der Vortragende nicht bei. Die Ursache durch Krankheiten beilegte war die Schwachen, aber schädliche auch die Starken. Daß die Gesundheitspflege nur nütze, indem sie schwächere Personen behüte und erstarben ließe, den Starken aber ihre Kraft erhöhe, könne man daran erkennen, daß in Gebieten, wo die Säuglingssterblichkeit besonders hoch ist, wo man also fürchten könnte, daß viele Säuglinge im Volk lebten, nicht nur die Tuberkulose weniger Opfer fordere, sondern auch die Militärtauglichkeit größer sei, als in Bezirken mit „Auslese“ durch große Kindersterblichkeit. Also die Brutene nützt uns. Das beweist der große Rückgang der Erkrankungen an Typhus, Pocken, Tuberkulose in Frauen, Geisteskranken in Brasilien. Wir haben keineswegs zwei Epochen, in dem Sinne, daß unser Geschlecht zwei Epochen behütet wurde. Es leidet nämlich und Sport nicht weniger als frühere Zeiten. Wir haben zu wenig Gesundheitspflege. Noch immer steigt die Zahl der Geisteskranken; sehr hoch ist die Zahl der Opfer der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus. Beide sind dadurch zu schlimme Feinde, weil sie die Nachkommen schädigen. Aus Spätkinder-Genen würden ca. fünfzig Prozent der Kinder totgeboren. Die Nachkommen, Kinder und Enkel von Alkoholikern seien noch mehr gefährdet, wie es in völliger Ueberzeugung des Experimentes am alkoholisierten Tier und die Beobachtung an Menschen ergab. Nach den Beobachtungen von Demme Arzide und vielen anderen Forschern sterben oder sind elend von den Kindern der Trinker etwa 80 Prozent, also eben so viel wie von kräftigen Familien am Leben bleiben. Wer die Masse des deutschen Volkes, das nicht im Verfall ist, haben wollte, der müsse gegen die Geschlechtskrankheiten und den Alkoholismus ankämpfen.

Der Touristenweg in Wölfsgrund. Der Besitzer eines Logierhauses auf dem Moritzberge hat den heiligen Fußweg der an seiner Wohnung hinunter in den Wölfsgrund durch Wälder führt, für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Er betrachtet ihn als zu seiner Wohnung gehörigen Privatweg für die Touristen. Der Amtsvorsteher von Wölfsdorf hatte gegen den Besitzer eine Verfügung erlassen, den Weg bei Strafe sofort freizugeben, da er ein öffentlicher sei und von jedermann benutzt werden könne. Der Besitzer klagte im Verwaltungsstreitverfahren auf Aufhebung der Verfügung. Der Kläger behauptete, daß der strittige Weg ein privater sei und unbedingt als ein solcher angesehen werden müsse. Der Vorbesitzer hatte ihn stets als solchen betrachtet. Der Amtsvorsteher behauptete das Gegenteil. In Wölfsgrund habe niemals ein Zweifel bestanden, daß der Weg ein öffentlicher sei. Der Amtsvorsteher bemerkte noch, der Kläger habe noch ein zweites Grundstück erworben und beabsichtige, den Weg zu wirtschaftlichen Zwecken zu benutzen. Eine Reihe Zeugen, 27 an der Zahl, bekundeten, daß der Fußweg stets für den öffentlichen Verkehr frei war. Im ersten Termin vertagte der Bezirksausschuß die Entscheidung; es sollte Beweis erhoben werden über die dortigen Verkehrsverhältnisse, und die Zeugen sollten nochmals, und zwar eidlich vernommen werden. In der Sitzung vom 14. Dezember hob der Bezirksausschuß die Verfügung des Amtsvorstehers auf; die Beweisannahme habe nicht klar ergeben, daß der Weg öffentlich sei. Da der Nachweis der Öffentlichkeit nicht erbracht wäre, müsse der Klage auf Aufhebung stattgegeben werden.

Eine eigenartige Streitfrage spielte sich in der Sitzung des Bezirksausschusses vom 14. Dezember ab. Die Gemeinde Deutsch-Lissa hat die Gartenstraße, die in großer Weite war, reguliert und gepflastert. Die Kosten betragen gegen 20.000 Mk. Nach dem dortigen Ortsstatut haben die Anlieger der Straße zu den Kosten beizutragen. Der Stellbesitzer Wittmann in Dornsdorf besitzt in Lissa auf der Bahnhofstraße Ecke

Gartenstraße ein Grundstück. Im Hofe dieses Grundstückes sind die Aborte. Zu diesen machte er nach der Regulierung der Straße einen Breiterverlag; der ganze Hof sollte 10 bis 15 M. Die Gemeinde betrachtete den neuen Hof als ein Gebäude in dem Sinne der Bestimmungen der Bauverordnungen und verleierte den Verleiher zu Strafenentlastungen von 583 Mk. Auch wurden von ihm 3 M. Baugeschulden erhoben. Wittmann klagte auf Befreiung von Kosten, und der Kreisaußschuß von Neumarkt gab der Klage statt. Es war zu prüfen, ob der Hofort und der Verleiher als Gebäude und steuerpflichtig zu betrachten ist. Nach Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts sind Bauteile wie Erker, Balkons keine für sich stehenden Bauten, sondern Zubehör zum Gebäude. Ganz dasselbe, so sagte der Kreisaußschuß, sei auch der Hofort; er gehört zum Grundstück, mithin kein selbständiger Hof. Im vorliegenden Falle handelte es sich übrigens nur um eine Erweiterung eines Abortes. Der Bezirksaußschuß bestätigte die Porenscheidung. Wittmann braucht keine Unkosten zu zahlen.

Eine Warnung für Konfessionäre. Ein Konfessionär, der in einem Herr-narberobensgeschäft in Stellung war, ist entlassen worden, weil er gegen eine Angestellte unzüchtige Handlungen verübt hatte. Der Entlassene klagte vor dem Kaufmannsgericht auf Zahlung von 330 Mk. Er stellte die Sache als ganz harmlos hin und behauptete, daß er grundlos entlassen worden sei. Die Verhandlung war unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach Verstellung der Öffentlichkeit verkündete der Vorsitzende das Urteil. Es lautete auf Abweisung der Klage. Das Kaufmannsgericht sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich der Kläger in zwei Fällen gegen eine Angestellte so betragen habe, daß seine Entlassung berechnat sei.

Entlassung einer Pflanzkultivatorin. Fräulein K., die als Leiterin eines Zigarrengeschäftes tätig war, ist entlassen worden, weil sie eines Sonntags eine halbe Stunde nach 11 Uhr ins Geschäft gekommen ist. Sie klagte auf Gehaltserschädigung von 45 Mk. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Verleiher zur Zahlung der Klagesumme. Der Verleiher hat Berufung eingelegt, daß die Kultivatorin nur einen geringen Gehalt, nämlich 40 Mark monatlich hatte. Die Arbeitszeit war von 6 Uhr morgens bis 4 Uhr abends. Bei solchen Bedingungen dürfe der Prinzipal es nicht gar zu genau nehmen.

Transportarbeiter-Verband. Eine Mitgliederversammlung, zu der der Ausschuß des Kartells eingeladen und auch erschienen war, beschäftigte sich mit der Klage, die das Kartell dem Transportarbeiter-Verbande wegen der bestimmten Vorkommnisse erteilt hat. Nach einer sehr langen, zum Teil erregten Aussprache wurde folgende Resolution angenommen, die dem Kartell übermittelt werden soll: „Die heut am 13. Dezember im „Goldenen Jäger“ tagende Mitgliederversammlung des Transportarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Breslau, protestiert mit Entschiedenheit gegen die erteilte Klage; die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß die Uebernahme der Klage, in solchen rein privaten Angelegenheiten, deren Erledigung bereits den beteiligten Hauptpersonen oblag, ein Verbrechen ausmache. Die Versammlung erwartet deshalb mit Bestimmtheit, daß das Kartell diese zu Unrecht aber aus Unkenntnis der Dinge erteilte Klage wieder zurückzieht.“

Sitzungsprotokolle und Helfer! Sonntag, den 24. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Goldenen Schwan“, Ruppertsburgerstraße 27/28: Ueberörtliche Branchenversammlung. Tagesordnung: 1. Neuchalige Versicherung über die Verhandlung vor dem Gewerbegericht wegen Streichung des § 12 unseres Tarifs. 2. Neuwahl der Branchenleitung.

Achtung, Studienteure! Dienstag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses: Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Breslau, Altersabteilung. Dienstag, den 19. Dezember: Abteilungs-Versammlung, in der Bericht über den Bezirksstag in Jauer gegeben wird. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der silberne Sonntag lockte große Menschenmassen auf die Straßen und in die Geschäfte. Es herrschte überall ein fröhliches Leben und Treiben; stellenweise stockte der Verkehr, es drängte und stieß sich alles. Auch Provinzler waren in großer Zahl zum Weihnachtseinkauf herbeigekommen. Die Straßenbahnen waren gut besetzt.

Die Feiße nach Amerika. Die Soubrette des Viktoriatheaters Fräulein Berndsen war vom Direktor Berg, genannt Bender, aufgefordert worden, ihm zu einem Gastspiel nach Amerika zu folgen. Fr. B., die nur den gewöhnlichen Bühnenvereinsvertrag unterschrieben hatte, weigerte sich, worauf sie sofort entlassen wurde. Die dritte Hofkammer des Breslauer Landgerichts hat jetzt zugunsten der Soubrette entschieden, sie sei nach dem Vertrage wohl zu Reisen in Deutschland verpflichtet, nicht aber zu Gastspielen in Amerika.

Einbruchsdiebstahl. Am 11. Dezember wurde bei einem Parbier auf der Schlegelstraße eingebrochen; der Dieb hat 11 städtischen Brillantene, 4 Rasiermesser, Seife und eine Flasche Parfüm gestohlen. Bei einem Wäckermeister in der Pöbnowstraße wurde vor einigen Tagen der Keller erbrochen und ein Wäschschiff entwendet. Ebenfalls ein Wäschschiff gestohlen wurde aus einem gewaltsam geöffneten Keller. In der Nacht zum 15. Dezember wurde der Laden eines Zuckervereinshändlers auf der Neuborsstraße erbrochen; es sind daraus Schokoladen, Marzipan- und Zuckermarzen in großen Mengen gestohlen worden. In der Nacht zum 16. Dezember ist ein Einbrecher in ein Zigarngeschäft auf der Hohenjollenstraße eingedrungen und hat Zigarren und Zigaretten im Werte von fünfzig Mark gestohlen. In der Nacht zum 15. Dezember ist ein Zigarrengeschäft auf der Sabowaststraße erbrochen worden; der Dieb stahl Zigarren, Zigaretten, Feuerzeuge und Tabakpfeifen. In der Nacht zum 12. M. ist ein Fleischereigehilfe auf der Kaiser Wilhelmstraße erbrochen worden; der Einbrecher hat 10 Mark Wechselgeld und verschiedene Wurst, hauptsächlich Rauerkurst gestohlen.

Automobil und Straßenbahn. Am 11. Dezember stieß auf der Kaiser-Wilhelmstraße eine Kraftmaschine beim Ueberholen eines Omnibusses so heftig mit einem Straßenbahnwagen zusammen, daß der vordere Teil der Kraftmaschine und der Motor schwer beschädigt wurden; auch der Straßenbahnwagen wurde beschädigt.

In eine Destillation auf der Neuschkestraße kam Sonntag abend in der zehnten Stunde ein Mann, der sich als Agent für Glasversicherung ausgab und den Inhaber eruchte, die Glascheiben der Eingangstür zu versichern. Als dem Mann bedeutet wurde, daß die Scheiben bereits versichert seien, schlug er plötzlich eine Türscheibe im Werte von etwa 20 Mark entzwei und sagte: „So, jetzt werden Sie sich wohl versichern lassen.“ Der Geschäftsinhaber brachte den Mann auf die Ringwache, wo man ihn festhielt, weil er sich nicht ausweisen konnte.

„Studentenrat“ mit unglücklichem Ausgang. In der Nacht zum Sonntag kamen mehrere Studenten an der Hauptstraße an Ringe vorbei und führten dort einen sogenannten „Indianerzug“ auf. Im Uebermut leitete einer der Studenten an der Säule empor, stürzte ab, und blieb beunruhigt liegen. Der Verletzte wurde nach seiner Wohnung gebracht. Wie verlautet, soll er inzwischen gestorben sein.

Schlimmer Treppenabsturz. In der Nacht zum Montag bemerkte ein Wächter der Bach- und Schließgesellschaft bei seinem Rundgang in dem Grundstück Wollfstraße 15, daß die Vordertür offen stand. Beim Abbleichen fand er unten an der Kellertreppe ein Haushalter des Grundstückes tot vor. Es muß angenommen werden, daß der Mann, nachdem er den Gashehn im Keller ausgedreht hatte und die Treppe emporsteigen wollte, rüdtlings in den Keller gestürzt ist.

In einen offenen Kanalschacht gestürzt ist am 16. Dezember auf der Dannewitzstraße ein Arbeiter; er erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels und wurde ins Krankenhaus geschafft.

Der alte Reichsinn. Am 13. Dezember kam ein Straßenwärtler beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens zu Falle und blieb beunruhigt liegen. Er wurde nach seiner Wohnung geschafft, wo festgestellt wurde, daß er Verletzungen am Kopf und an einer Hand davongetragen hat.

Für 70.000 Mark Juwelen und Goldwaren gestohlen. In der Nacht zum Montag drang eine Diebesbande in das Geschäftstotal des Juwelers Simon Parsch, Schweißnitzer Straße 8a ein und stahl goldene Uhren, Damen- und Herrenuhren, Kolliers, Ringe und Brillenschmuckstücke im Gesamtwerte von 70.000 Mark. Der Diebstahl war wieder, wie bei allen in letzter Zeit in Breslau verübten Einbrüchen in Juwelergeschäfte, von dem über dem Geschäftstotal liegenden Räume aus verübt. Die Einbrecher hatten mit Nachschlüsseln die Tür zum Treppverlehnstotal von Hermann Mohaupt geöffnet, dort ein etwa 1/2 Quadratmeter großes Loch in die Decke gestemmt und waren dann auf einer Zirkelleiter in das Geschäftstotal hinabgestiegen. Hier erbrachen sie sehr geschickt den Geldschrank, die zweite Tür wurde zertrümmert. Die im Tresor aufbewahrten kostbaren Schmuckstücke wurden sämtlich gestohlen. Auch das nach der Schweißnitzer Straße zu gelegene Schaufenster wurde von den Einbrechern bis auf die Zierbretchen entleert. Der Einbruch muß in den frühen Morgenstunden ausgeführt worden sein; er wurde wesentlich dadurch ermöglicht, daß sich auch über dem Mohaupt'schen Geschäftstotal Wuraudäume, die Sonntag unbenutzt sind, befinden, und daß der Juwelier nach Geschäftsschluß die Schaufensterläusen herabzulassen pflegte, so daß die Wachsamkeit und Schutzleute keinen Einblick in das Geschäftstotal haben. Das zum Einbruch benutzte Werkzeug haben die Einbrecher am Tatort zurückgelassen. Es ist durchweg neu und erstklassig. Aufgefunden wurden: Ein Holzentrumsbohrer, der Stiel verschiedene Spiralschneider, zwei Holzbohrer, eine mit Griff, ein Schraubenzieher ohne Griff, eine Drahtsäure, ein Stemmeln mit Heft, ein vieredriges Stahlstück mit Schneide (zum Glechbrechen), zwei Brüstler (Trennsäge), ein 3 Meter zusammengeklappter Strich, eine elektrische Taschenlampe, ein schmutziges Taschentuch mit blauer Kante, und ein aller Herrenmenschen-Schirm, den die Einbrecher zum Auffangen des Möbels beim Durchstemmen der Ziele benutzt haben. Das genaue Verzeichnis der gestohlenen Sachen liegt zurzeit noch nicht vor; von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Bahndieb. Vor einigen Tagen wurde aus einem Nacht-D-Zuge, der von Berlin nach Breslau fuhr, während der Fahrt aus dem Gepäckwagen ein Koffer mit Inhalt gestohlen. Der Dieb ist während der Fahrt durch die Wälder des D-Zuges bis zum Gepäckwagen gegangen und hat dort in einem unbewachten Augenblick den Koffer ausgepackt. In dem Koffer waren u. a. auch ein Sparkastenbuch und eine Postanweisung über 117 Mk. Am anderen Tage erwichen an dem hiesigen Postamt ein Herr, der die gestohlene Postanweisung vorlegte, um den Betrag abzurufen. Da aber das Postamt und die Kriminal-Polizei inzwischen von dem Raub benachrichtigt waren, wurde der Mann, ein Schneidergeselle, der den Diebstahl ausgeführt hatte, festgenommen.

Gefunden wurden ein brauner Knabenragen, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Hundehalsband mit Marke, ein Schlüssel, ein Paket enthaltend Kleidungsstücke, ein Damenpflaster, ein Buch und eine Waage. Zu erfragen im Polizeipräsidenten.

Neueste Nachrichten.

Eine sozialistische Partei in China.

Shanghai, 18. Dezember. (D. L. B.) Hier hat sich eine sozialistische Partei konstituiert, deren Programm folgende Punkte umfaßt: Volle Sympathie gegenüber der Republik, Abschaffung aller Klassenunterschiede, Verbesserung der Gesehe und Achtung der Personen, Vollständige Abschaffung der Vorschriften und Rechtsmittel betreffend Erbschaften und Nachlässe, Unterstützungen der Arbeiterklassen, Abschaffung aller Steuern mit Ausnahme der Grundsteuer, Einschränkung der militärischen Ausgaben und Anwendung des Vorkaufs zur Erlangung neuer Rechte.

Zugunste der Frauenstimmrecht!

London, 18. Dezember. Am vergangenen Sonntag wurde hier eine Versammlung des Liberalen Vereins zugunsten des Frauenstimmrechts abgehalten. Den beiden Ministern Sir Edward Grey und Lloyd Georges wurde großer Beifall gesendet für ihre Reden, in denen sie für das Frauenstimmrecht eintraten. Nach Annahme einer Resolution verließen die beiden Minister den Saal. Raum hatten sie die Straße betreten, um in ihre Automobile zu steigen, da sich dort ein Mann, der etwa fünf Schritte von dem Minister Lloyd Georges entfernt stand, mit aller Wucht eine Sardine in die Augen des Lloyd Georges, welche den Minister oberhalb des linken Auges und an der Lippe traf. Der Minister wankte. Sir Edward Grey, der schon sein Automobil bestiegen hatte und eben davonfahren wollte, und einige andere Herren, die in unmittelbarer Nähe den Fall beobachtet hatten, gingen den Wankenden auf und jetzt sah man, daß Lloyd Georges aus einer Wunde an der linken Stirnseite blutete. Eine halbe Stunde später wurde der Mann, der die Wunde gegen den Minister geschleudert hatte, verhaftet. Er erklärte, er habe dem Minister einen Denkzettel geben wollen, weil sie die Gewährung des Frauenstimmrechtes verzögerten.

Rußland und Persien.

Petersburg, 18. Dezember. Der Präsident der russischen Reichsduma hat an die Reichsduma telegraphiert, die Mitglieder des Reichstages bitten, den russischen Abgeordneten mitteilen zu wollen, daß das persische Volk keine Feindschaft gegen das russische Volk hegt und das persische Volk gern mit dem russischen in Frieden und Freundschaft leben möchte. Die gegenwärtigen Verwicklungen seien durch unvorsichtiges und ungeschicktes Vorgehen der russischen Diplomaten in Persien entstanden.

Verstaatlichung der Warschau-Wiener Bahn.

Petersburg, 18. Dezember. Die Budgetkommission der Reichsduma nahm mit 17 gegen 7 Stimmen die Vorlage betreffend die Verstaatlichung der Warschau-Wiener Bahn an, die am 14. Januar 1912 in Kraft treten soll.

Curiosität.

Für die ausgesperrten **Tabakarbeiter** gingen ein:

Bereits quittiert 1536,41 Mk.	151 Gutm.-Verb.	11,40
105 Gemeinde-	152	4,40
arbeiterverband 3,75	153	2,20
114 Gemeindeg-	154	9,20
arbeiterverband 2,-	157	11,50
139 Metallarb.-V.	158	13,25
289	159	0,95
229	160	2,-
444 Glasarbeiter	161	2,-
445	162	4,50
durch Dresdener	163	13,20
	Zusammen	1687,65 Mk.

Ratenzahlungen

Besteige beim Kauf von

Uhren und Goldwaren,

Regulatoren, Ketten, Trauringen etc.

Wichtige Preise. Kleine Raten. Keine Anzahlung.

R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistr. 41.
am Königsplatz. 8363

Die Gleichheit

(Frauenzeitung.)

Nr. 14 Tage erscheinend. Zeit 10 Pfennige.

Für Weihnachten!

Fertige Oberhemden u. nach Mass

Tag- u. Nacht-Hemden
Serviteurs, Kragen,
Manschetten
Krawatt, Handschuhe
seidene Halstücher,
Shawls
Herren-Westen
Winter-Trikotagen.
Grosse Auswahl.



J. Herold Erste Wiener Wäsche-Fabrik

Damen-, Tisch-, Bett- u. Wirtschafts-Wäsche
Bettdecken und Gardinen
Anfertigung ganzer Ausstattungen
Billigste Preise.

Breslau Albrechtsstr. 46
2tes Viertel vom Ring.

Einbruch

Da ich im Frühjahr durch einen geschädigt worden bin und infolge dessen für Neujahr große Rabatungen in Aussicht habe, so verkaufe ich jetzt zu

zu ganz enorm billigen Preisen

Reibzug-Regulatoren, 14 Tage gehend, mit Schlüssel. Nr. 9, 25
Silberne Herrenuhren. 5,50 10,-
Ebenfalls 5,50 10,-
Goldene 11,- 18,-
Goldene, geklebte Ringe 1,- 8,-
Doppel-Ketten, mit Garantie 2,50 5,-

Alfred Schoska, Friedrich-Wilhelmstr. 70.

„In freien Stunden“
Illustrierte Roman-Bibliothek, Best 10 Pfennige.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Beuthen O.-S.

Brauerereien.
Vereins-Brauerei A.-G.
Kurtz, Weiss und Wollwaren.
Gohr, F., Inh. M. Wartski, Lederwaren.
Lebensmittel-Konsum.
Gohr, W., Kirschstr. u. Krassauerstr.

Cosel

Bäckerereien.
Hofe, Josef, Starke, Franz, Café Nr. 52.
Fleischerereien und Wurstfabriken.
Geyer, Paul.
Dtsch. Lissa, Stabelwitz.
Bäckereien.
Wella, Adolf, Poststr. 2.
Hilfswörter, Friedrich, Krassauerstr. 20.
Land, Hof, Poststr. 8. Krassauerstr. 20.

Rudolph, Mag. Eigenthümerstr. 48.
Leizer, Richard, Burgstr. 14.

Brauererei.

Schreiber's Jungbier-Verkauf.

Drogen und Farben.
Jablonski, Fr., Poststr. 15. (Kond. Nr. 20.)

Fleischerereien und Wurstfabriken.
Hofe, Paul, Poststr. 1.
Kotemann, César, Poststr. 17.
Scholz, Josef, Poststr. 17.

Bäckerereien u. Konditoreien.
Gorn, Otto, Schillerstr. 16. (Pfefferstr.)
Engelbach, Reinhard, Poststr. 35.
Stelzer, Paul, Siedlerstr. 2.
Bierbrauerereien, Bierverleger.
Rul, Ritter's Stadt, Poststr. 3.
Genossensch. Brauerei (G. m. b. H.), Eigenth.

Schuh-Etage Granelst (Stein Saden).
Seidel, W., 19. Steinbrecherstr. 20.
Eilbermann, Schaubhaus, Ring 9.
Wiese, R., Carlsbaderstr. 22. Mahlen, Reparat.

Schokoladen-Engros-Haus.
Verabold, O., Mittelstr. 17. (Hofstr. 17.)

Strumpfschneiderei.
Montag, C., Krassauerstr. 30. Strumpfstr. 11. 111.

Märzdorf/Steindorf.

Gasthäuser.
Gerichtschöck, (Joh. P. Schöck), Märzdorf.
Gemischte Waren.
Staber, Adolf, Märzdorf.
Serge, Ernst, Steindorf.
Olaschin
Kolonial- und Gemischte Waren.
Guth, Gustav, Zigaretten, Alkoholisirt.
Stahl, Sam. Deutsch, Ralfer, (Joh. P. Ralfer).

Erieg

Alkoholisirte Getränke.
Dahl, Oskar, Spezial-Brauerei.
Arbeiter-Konzeption.
Stammann, H., Poststr. 1. (St. Krassauerstr.)
Bäckerereien und Konditoreien.
Krauß, Hermann, Poststr. 18.
Höbe, Paul, Hermannstr. 4.
Hofel, Hermann, Poststr. 4.

Brauerereien und Restaurateure.
Kotzner, August, Poststr. 21.
Hofe, Heinrich, Poststr. 21.
Weidner's Gartenhof, Poststr. 21.
Willebrand, Anton, Poststr. 3.

Eisen- und Fabrik-Hausbau.
Sinn, Paul, Poststr. 27.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Reparatur.
Klose, Friedr.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Hofe, Otto, Poststr. 1. (Poststr. 1.)
Hofe, Otto, Poststr. 1. (Poststr. 1.)
Hofe, Otto, Poststr. 1. (Poststr. 1.)

Hüte, Hüte, Pelzwaren.
Weiß, Ernst, Poststr. 60.

Kantinen.
Hugo Wagner, Poststr. 1.
Kantinen, Poststr. 1.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Witt, Wilhelm, Poststr. 21.
Gorab, Paul, Poststr. 26.
Siedler, Max, Poststr. 55.
Friedrich, Adolf, Poststr. 31.
Dank, Paul, Poststr. 18.
Fenk, Richard, Poststr. 3.
Koch, Fritz, Poststr. 17.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Witt, Wilhelm, Poststr. 21.
Gorab, Paul, Poststr. 26.
Siedler, Max, Poststr. 55.
Friedrich, Adolf, Poststr. 31.
Dank, Paul, Poststr. 18.
Fenk, Richard, Poststr. 3.
Koch, Fritz, Poststr. 17.

Peisterwitz.

Bäckererei.
Griebel, Wilhelm, Lindenstr. 2.
Gemischte Waren.
Kaufmann, Wilhelm, Poststr. 16.
Quaikau
Bäckererei und Kolonialwaren.
Ockel, Gustav, Quaikau.
Fleischerereien.
Dahl, Hermann, Quaikau.

Fruchtsirup etc.
Gohr, Josef, Poststr. 24.

Galanterie- und Spielwaren.
Gohr, W., Poststr. 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Schmidt, Fr., Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Stobbenmann, Georg, Ring 34.

Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Poststr. 19. 5. 25.

Kolonialwaren.
Siedler, Max, Poststr. 1.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Siedler, Max, Poststr. 23.
Stabe, Mag. Poststr. 18.

Leinen- u. Baumwollwaren.
Sieg, W., Poststr. 1.

Restaurations- und Fruchtwein.
Hilbig, Ernst, Poststr. 40. (Poststr. 40.)

Schneid- und Wollwaren.
Siedler, Max, Poststr. 23.
Dümmann, Marie, Poststr. 19. (Poststr. 19.)

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Witt, Wilhelm, Poststr. 21.
Gorab, Paul, Poststr. 26.
Siedler, Max, Poststr. 55.
Friedrich, Adolf, Poststr. 31.
Dank, Paul, Poststr. 18.
Fenk, Richard, Poststr. 3.
Koch, Fritz, Poststr. 17.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Witt, Wilhelm, Poststr. 21.
Gorab, Paul, Poststr. 26.
Siedler, Max, Poststr. 55.
Friedrich, Adolf, Poststr. 31.
Dank, Paul, Poststr. 18.
Fenk, Richard, Poststr. 3.
Koch, Fritz, Poststr. 17.

Ströbel

Fleischererei.
Hofe, Bruno, Poststr. u. Stadtbetrieb.
Gasthäuser.
Guth, Kurt, Poststr. 24.
Kolonial- und Manufakturwaren.
Deidrich, Paul.

Wohl, Eugen,

Herrengard. Schuhwaren, Möbel.
Jablonski, S. Poststr. 32.

Holz- u. Kohlhandlung.
Friedr. Carl, Poststr. 55.

Hüte, Hüte, Pelzwaren.
Schulz, Franz, Poststr. 14.
Hrbanczik, S. Poststr. 11. 12. (Poststr. 11. 12.)

Glogau

Alkoholisirte Getränke.
Friedr. Carl, Poststr. 55.

Bäckererei.
Friedr. Carl, Poststr. 55.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schwarz, Hermann, Poststr. 2.

Hundsfeld

Fleischerereien.
Dank, Paul, Poststr. 2.

Koberwitz.
Kajzula, Hermann, Poststr.

Fleischererei.
Kajzula, Hermann, Poststr.

Herren-Garderobe.
Gottfried, H., Poststr. 70. (Poststr. 70.)
Kuhn, Carl, Poststr. 70. 71.

Schneider.
Schneider, Max, Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Schneider, Carl, Poststr. 11.

Gross-Leubusch
Bäckerereien.
Kobig, Eduard, Poststr. 1.
Kobig, Carl, Poststr. 1. (Poststr. 1.)

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Krauß, Mag. Poststr. 4. (Poststr. 4.)
Siedler, Max, Poststr. 39.

Strehlen

Bier-Brauerereien.
Lagerbier.
Jaekel, Rob., Brauerei H. G.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Siedler, Carl, Poststr. 1.

Bach, Arth.

Kinematograph.
„Cinéma“ Poststr. 11. (Poststr. 11.)

Kolonialwaren u. Lebensmittel.
Guth, Carl, Poststr. 23.
Hofe, Adolf, Poststr. 2. (Poststr. 2.)

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kotzner, W., Poststr. 53. 54.
Kotzner, W., Poststr. 51.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Korbwaren, Kisterwaren, Spielwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kobersdorf/Hartlie

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Herren-Garderobe.
Gottfried, H., Poststr. 70. (Poststr. 70.)
Kuhn, Carl, Poststr. 70. 71.

Schneider.
Schneider, Max, Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Schneider, Carl, Poststr. 11.

Gross-Mochern/Schmiedefeld.
Bäckererei und Konditorei.
Kobig, Carl, (Poststr. u. Poststr. 1.)

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Krauß, Mag. Poststr. 4. (Poststr. 4.)
Siedler, Max, Poststr. 39.

Weisses Lamm

Schuhwaren.
Siedler, Carl, Poststr. 11. (Poststr. 11.)

Thron-, Gold- und Musikwaren.
Siedler, Carl, Poststr. 11. (Poststr. 11.)

Manufakturwaren.
Gohr, Albert, Poststr. 51.

Hüte- und Hatz-Kapuzin.
Kotzner, W., Poststr. 16. 17.

Photographisches Atelier.
Friedr. Carl, Poststr. 7.
Krauß, Gustav, Poststr. 7.

Goldberg

Bienenstock-Verkaufsstelle Goldberg.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Fahrräder, Näh- u. Sprechmaschinen.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Königsbütte O.-S.

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Herren-Garderobe.
Gottfried, H., Poststr. 70. (Poststr. 70.)
Kuhn, Carl, Poststr. 70. 71.

Schneider.
Schneider, Max, Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Schneider, Carl, Poststr. 11.

Gross-Mochern/Schmiedefeld.
Bäckererei und Konditorei.
Kobig, Carl, (Poststr. u. Poststr. 1.)

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Krauß, Mag. Poststr. 4. (Poststr. 4.)
Siedler, Max, Poststr. 39.

Trebnitz

Bierbrauerereien.
Trebnitz-Genossensch.-Brauerei G. m. b. H.
Drogen.
Dahl, Wladimir, Poststr. 1a.

Spielerei, Möbel, Feinporzellan.
Krauß, W., Poststr. 2. 12. 208.

Thron- und Goldwaren.
Siedler, Carl, Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Krauß, Gustav, Poststr. 7.

Zigaretten, Zigarren, Feinporzellan.
Krauß, Gustav, Poststr. 7.

Gorkau

Bäckerereien.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Brauerereien.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Liegnitz

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Herren-Garderobe.
Gottfried, H., Poststr. 70. (Poststr. 70.)
Kuhn, Carl, Poststr. 70. 71.

Schneider.
Schneider, Max, Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Schneider, Carl, Poststr. 11.

Gross-Mochern/Schmiedefeld.
Bäckererei und Konditorei.
Kobig, Carl, (Poststr. u. Poststr. 1.)

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Krauß, Mag. Poststr. 4. (Poststr. 4.)
Siedler, Max, Poststr. 39.

Zehorze-Zabrze

Herren-Garderobe, Schuhwaren, Hüte.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Bunzlau

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Haysau

Arbeiter-Garderobe, Schuhwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Königsbütte O.-S.

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Herren-Garderobe.
Gottfried, H., Poststr. 70. (Poststr. 70.)
Kuhn, Carl, Poststr. 70. 71.

Schneider.
Schneider, Max, Poststr. 11. (Poststr. 11.)
Schneider, Carl, Poststr. 11.

Gross-Mochern/Schmiedefeld.
Bäckererei und Konditorei.
Kobig, Carl, (Poststr. u. Poststr. 1.)

Fleischerereien u. Wurstfabriken.
Krauß, Mag. Poststr. 4. (Poststr. 4.)
Siedler, Max, Poststr. 39.

Zehorze-Zabrze

Herren-Garderobe, Schuhwaren, Hüte.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Kolonialwaren.
Kotzner, W., Poststr. 51.

Der Untergang des Kleinbetriebs.

Zu diesem viel erörterten Kapitel wird uns geschrieben:

Die Ziele der Sozialdemokratie sind nicht einfach Erfindungen des Menschenkopfes; sie ergeben sich von selbst für jeden, der die unaufhörliche Entwicklung und Umänderung der Welt um sich herum sieht. Die Ursache dieser Entwicklung liegt in der Ueberlegenheit des kapitalistischen Großbetriebes über den Kleinbetrieb, die unter der Herrschaft der freien Konkurrenz zum Niedergang des Kleinbetriebes führen muß. Die Ueberlegenheit beschränkt sich nicht bloß auf den technischen Vorzug der besten Maschinen, sondern es kommt noch der Vorteil der Einkäufe und Verkäufe im großen hinzu, sowie die Verfügung über genügendes Kapital, um günstige Gelegenheiten auszunutzen und ungünstige auszuweichen.

Die Ueberlegenheit des kapitalistischen Großbetriebes springt so klar in die Augen, daß auch die Verteidiger der heutigen Gesellschaftsordnung, die sich selbst und anderen vorkäuflichen möchten, die Gesellschaft entwickeln nicht zum Sozialismus hin, sie nicht ablehnen können. Aber, sagen sie, dafür hat der Kleinbetrieb wieder andere Vorteile gegenüber dem Großbetrieb. Er kann sich den verschiedenen persönlichen Bedürfnissen der Kunden besser anpassen. Er kann durch größeren Fleiß und Sorgfalt in der Arbeit die Vorzüge des Großbetriebes weitmachen, der mit gemieteten teureren Arbeitskräften zu tun hat, die nur eine beschränkte Zeit arbeiten wollen und sich um die Blüte des Geschäfts nicht kümmern. Durch Sparsamkeit kommt er mit einem kleinen Gewinn aus und kann billig verkaufen; so wird er konkurrenzfähig gegenüber dem Großbetrieb, der mit hochbezahlten Direktoren und Beamten beschwert ist.

Diese Gründe sind zum Teil zweifellos richtig; aber soweit sie richtig sind, beweisen sie etwas anderes, als ihre Urheber glauben. Es gibt Betriebszweige, die sich zum Kleinbetrieb besonders eignen, weil sie zur persönlichen Bedienung und Versorgung der Menschen dienen und daher auf einen beschränkten Kundenkreis angewiesen sind. Solche sind z. B. Verkaufsgeschäfte aller Art, Wirtschaften, Restaurationen und Gasthäuser, Friseurläden, Plättanstanlagen, Reparaturwerkstätten, Schuhfabriken, Gemüsegärten. Solche Betriebe werden durch den Aufschwung des Kapitalismus stark zunehmen müssen. Denn erstens bringt der Kapitalismus immer größere Menschenmassen von dem Lande, wo man diese Bedürfnisse nicht kannte oder sie selbst befriedigte, in die Großstädte. Und zweitens führt die steigende Arbeitsteilung dahin, daß immer mehr Arbeit, die früher im Hause stattfand, durch fremde Arbeit, deren Produkt man kauft, ersetzt wird. Die Entwicklung des Kapitalismus bringt also für solche Betriebszweige einen gewaltig zunehmenden Markt; ihre Zunahme ist daher kein Zeichen der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes, sondern des Wachstums der Warenproduktion auf Kosten der Eigenproduktion. Und für den Sozialismus ist es ja auch nicht nötig, daß zuvor alle kleinen Friseurläden durch Großbetriebe mit elektrischen Einseifemaschinen und Dampfseifen ersetzt werden.

Auch ist es richtig, daß durch Verlängerung seiner Arbeit, durch vermehrten Fleiß und Einschränkung seiner Lebenshaltung der Kleinmeister es noch lange aushalten kann. Wer wird aber darin einen Beweis für die Ueberlegenheit und Konkurrenzfähigkeit des Kleinbetriebes erblicken? Wer die Blüte seines Geschäfts damit beweisen will, daß er sich ja mit trockenem Brot zufrieden gibt, wird schließlich viel Glauben finden. Die angeführten Gründe beweisen nicht irgend eine Ueberlegenheit des Kleinbetriebes; sie beweisen, daß die Beseitigung und Verdrängung der Kleinbetriebe nur eine der Erscheinungsformen der Ueberlegenheit des Großbetriebes ist. Eine andere ist die Verschlechterung der Lebenshaltung, die Vermehrung von Sorge und Druck. Solwie bei einem Menschen der Mangel an Lebenskraft nicht nur als Tod, sondern auch als langes Sichium erscheinen kann, so zeigt sich der Mangel an Lebenskraft bei den kleinen Betrieben unter dem Druck der großen nicht nur als ihr Untergang, sondern auch als ihr Niedergang.

Diese Unterscheidung ist wichtig, wenn die Ergebnisse der Betriebsstatistik zur Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung herangezogen werden. Denn darin kann nur das Verschwinden, nicht aber der Niedergang, die innere Verschlechterung der Kleinbetriebe zur Darstellung kommen. Die Argumente, die angeblich darzulegen sollten, daß der Kleinbetrieb es ganz gut aushalten kann, beweisen bloß, daß sein Mangel an Lebenskraft nur zu einem kleinen Teil in den Statistiken zum Ausdruck kommen kann.

Was zeigen nun die statistischen Aufnahmen? Vergleichen wir die Ergebnisse der Betriebszählungen von 1882 und 1907, so finden wir für das ganze Gewerbe zusammen:

	Anzahl 1882	Anzahl 1907	Verhältnis
Kleinbetriebe (1-5 Personen)	2 882 768	3 024 118	100 zu 105
Mittelbetriebe (6-50 Personen)	112 715	267 410	100 - 237
Großbetriebe (über 50 Pers.)	9 974	29 007	100 - 321

Die Kleinbetriebe haben also um eine Kleinigkeit, um 5 Prozent, zugenommen, in einer Zeit, wo die Bevölkerung sich um 40 Prozent vermehrte; dagegen haben sich die Mittelbetriebe mehr als verdoppelt, und die Großbetriebe mehr als verdreifacht. Könnte es hiernach scheinen, daß die Kleinbetriebe doch nicht verdrängt worden sind, sondern sich bloß nicht weiter entwickelt haben, so

wird das Bild anders, wenn man nur die industriellen Betriebe betrachtet, also die halb agrarischen Gewerbe: Gärtnerei und Tierzucht, sowie die Handels- und Verlehrsgewerbe ausschließt. Für die Industrie allein sind diese Zahlen:

Kleinbetrieb	2 175 857	1 871 785	100 zu 86
Mittelbetrieb	85 001	187 419	100 - 221
Großbetrieb	9 481	29 154	100 - 308

Hier sind also durchschnittlich die Kleinbetriebe zu 11 Prozent vernichtet worden; die Entwicklung des Großbetriebes hat in 25 Jahren mehr als 300.000 Kleinbetriebe ruiniert. An deren Stelle sind neue Kleinbetriebe emporgekommen in den Gewerben, die für einen engeren Kundenkreis, für persönliche Bedienung und Versorgung, arbeiten. Die Gruppe, die Handel und Verkehr, Verbesserung und Erquickung umfaßt, zeigt folgendes Bild der Entwicklung:

Kleinbetrieb	676 238	1 204 737	100 zu 178
Mittelbetrieb	26 531	76 366	100 - 288
Großbetrieb	463	2 828	100 - 641

Hier zeigt sich also nicht nur eine Zunahme der Kleinbetriebe, sondern eine noch viel gewaltigere Zunahme der Mittel- und Großbetriebe. Hier ist also der Kleinbetrieb dem Großbetrieb nicht überlegen, sondern die rasche Steigerung des Bedürfnisses verdrängt die wirkliche Ueberlegenheit der Großbetriebe und gestattet zahlreichen Kleinbetrieben, neben ihnen emporzukommen.

Natürlich handelt es sich nun nicht bloß um die theoretische Ueberlegenheit der Großbetriebe, sondern um deren praktische Wirkung in der Gesellschaft. Mag das Wachstum der großen Fabriken zeigen, daß die Welt für den Sozialismus reif ist: Die Menschen, die aus der früheren Selbständigkeit in eine abhängige Stellung hinabgestoßen werden, sind erst die lebenden Beweise für den Bankrott der bestehenden Ordnung. Die Zahl der Selbständigen wuchs von 1882 bis 1907 von 4.851.000 auf 5.242.000, während die Zahl der Angestellten von 307.000 auf 1.290.000, die Zahl der Arbeiter von 9.839.000 auf 17.835.000 zunahm. Das ist in Wirklichkeit natürlich keine Zunahme der Selbständigkeit, da die Familien der früher Selbständigen an dem gewaltigen Bevölkerungszuwachs auch ihren Anteil haben. In Prozenten der Gesamtzahl ausgedrückt, sind die Selbständigen von 82 auf 22 gefallen, die Angestellten von 2 auf 5, die Arbeiter von 66 auf 73 gestiegen. Für ein ganzes Zehntel aller tätigen Menschen gilt, daß ihre Eltern noch selbständig waren, während sie abhängig sind. Ein Drittel der vor 25 Jahren noch Selbständigen hat am eigenen Leibe erfahren, was Verlust der Selbständigkeit zu bedeuten hat. Wenn man dann noch bedenkt, wie viel Abhängigkeit hinter scheinbarer Selbständigkeit verborgen ist und wie wenig die Selbständigkeit überall eine sorgenfreie, gute Existenz bedeutet — dann zeigt sich in diesen Zahlen noch klarer das erschütternde Bild des gewaltigen Niederganges des Kleinbetriebes, der zugleich die unvermeidliche Notwendigkeit des Sozialismus bedeutet.

Arbeiterbewegung.

Scharfmacherverchwörung.

Da die Reaktionäre und Scharfmacher aller Gegenwärtig wieder mächtig zum Sturm gegen das Koalitionsrecht blasen, erscheint es nicht unangebracht, einmal auf die Methoden hinzuweisen, die diese Schreier über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe wider die organisierte Arbeiterbewegung selbst anwenden. Von den Mitteln, die hier angewendet und den Wegen, die dabei eingeschlagen werden, geben u. a. die Geheimstatuten des Verbandes von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie ein anschauliches Bild. Die ausdrücklich als vertraulich bezeichneten Satzungen dieses Verbandes, die ein freundlicher Wind der „Leipziger Volkszeitung“ zutrug, fangen selbstverständlich mit dem Etappetou von dem „geheimlichen Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitern“ an, das der Verband sich als Zweck gesetzt habe. Was darunter zu verstehen ist, sagt deutlich § 1, in dem es heißt, daß sich das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer erstrecken soll auf:

1. Nichtaufnahme von Arbeitern, welche unberechtigt die Arbeit eingestellt haben; oder über welche von der Hauptversammlung einer Verbandsgruppe die Sperre verhängt worden ist.
 2. Ablehnung von Forderungen der Arbeiter einzelner Betriebe, die Arbeitszeit einseitig unter die jetzt bei der betreffenden Gruppe (Branchen) übliche herabzusetzen.
 3. Ablehnung von Forderungen, welche die in den Betrieben nötige Disziplin und die Bestimmung über Aufnahme und Entlassung der Arbeiter den Arbeitgebern unmöglich machen oder erschweren würden.
 4. Schutz und Unterstützung Arbeitswilliger.
 5. Gewährung von Unterstützungen an Mitglieder für durch unberechtigte Arbeitsentlassungen erwachsende Verluste nach Maßgabe der Verbandsbestimmungen.
 6. Einrichtung und Ausdehnung von Arbeitsnachweiser der Arbeitgeber.
- Es wird weiter beachtet:
7. die Streiklausel nach Möglichkeit durchzuführen.

Um dieses höhere Ziel, die Erringung der unbeschränkten Unternehmerrschaft, zu erreichen, müssen die Scharfmacher natürlich die übrigen, und namentlich die kleinen Unternehmer sehr an der Hand haben. Deshalb bestimmen die Satzungen über die Mitgliedschaft, daß jedes Verbandsmitglied als Garantie für die Einhaltung der statutarischen Bestimmungen und der Verbandsbeschlüsse einen sogenannten Ehrenschein oder — was den Meistern ebenfalls noch angenehmer ist — einen Scheckwechsel ohne Datum in Höhe von 10 Mark für jeden beschäftigten Arbeiter hinterlegt; das Datum des Schecks wird nicht Ordre pariert. Dabei hat nach § 4 jedes Mitglied sich „den Beschlüssen der Hauptversammlung widerspruchlos zu unterwerfen“, und bei seinem Ausscheiden aus dem Verbands hat es keinerlei Anspruch auf das Verbandsvermögen. Weiter aber müssen sich die Mitglieder jeder Selbständigkeit gegenüber ihren Arbeitern begeben; der „Herr im Hause“ wird der Scharfmacherherrscher.

§ 8 der Satzungen bestimmt dies in allen Einzelheiten und sagt zum Schluß:

„Ein in Arbeiterschwierigkeiten verwickeltes Mitglied ist berechtigt, an den betreffenden Verhandlungen des Vorstandes und des Streikausschusses teilzunehmen. Die Beschlussfassung findet in seiner Abwesenheit statt.“

Im Falle von Arbeiterschwierigkeiten legt der Vorstand einen sogenannten Streikausschuß (§ 9) ein, der nun das Regiment im Hause des Unternehmers antritt. Weigert sich dann ein also seiner Würde als „Herr im Hause“ entsehtes Verbandsmitglied, den Anordnungen des Vorstandes bezw. des Streikausschusses Folge zu leisten, so verachtet es damit auf den Schutz des Vorstandes und die eventuell zu gewählende Unterstützung“. Außerdem aber kann auch der Ausschluß aus dem Verbands eingeleitet werden. Auf die „eventuell zu gewählende Unterstützung“ haben die Mitglieder keinen Rechtsanspruch, vielmehr entscheidet über die Gewährung der Vorstand „nach billigem Ermessen“ und nach den „vorhandenen Mitteln“.

Diesem nur in ihren allerwesentlichsten Teilen wiedergegebenen Satzungen schließen sich würdige sogenannte Verhaltensvorschriften für die Mitglieder an. Vor allem wird der schon tote „Herr im Hause“ noch einmal eingeschlagen, ein Beweis dafür, wie großes Gewicht die Scharfmacher auf die unbedingte Herrschaft des ja wieder von ihnen beherrschten Verbandes legen. Die Verhaltensvorschriften bestimmen darüber noch im einzelnen u. a.:

„Ohne eingeholte Zustimmung des Verbandes bezw. des Streikausschusses sind keine wie immer geartete Zugeständnisse an die Streikenden zu machen.“

Sämtliche Verbandsmitglieder sind verpflichtet, die während eines Streiks von dem Vorstandes bezw. Streikausschuß getroffenen Anordnungen, soweit sie diesen anstehen, zu befolgen, besonders wenn es sich um Nichtaufnahme ausständigere oder ausgesperrter Arbeiter handelt.

Niemals ist mit betriebsfremden Arbeiterführern zu verhandeln.

Die Vermittlung der Behörden, der Gewerbechiedsgerichte, der Gewerbeinspektoren, ist mit dem Sinne des Verbands abzulehnen, da diese Aufgabe des Verbandes sei.

Alle Mitteilungen über den Streik an die Konkurrenz, die Arbeitsnachweise, die Rettungen, sowie etwa öffentliche Verwicklungen sind dem Vorstand zu überlassen. Der Vorstand muß durch diese Mitteilung (über die Art der Verhandlung der Streitigkeit) in der Lage sein, etwaigen Erfolgsberichten der gegnerischen Mächte in der befreundeten Presse (!!) bestimmt entgegenzutreten zu können.

Dann fordern die Verhaltensvorschriften noch, daß ein mit „feinen“ Arbeitern in Streitigkeiten geratener Unternehmer sofort eine Liste der ausständigere Arbeiter an den Vorstand einzuliefern hat, damit sofort die trockene Guillotine der schwarzen Liste prompt arbeiten kann.

Das Statut dieses Industriellenverbandes — und die Satzungen der übrigen Verbände sind nicht anders — läßt einen tiefen Blick in die Werkstatt des Scharfmacherturns zu; es offenbart die Herrschaft der Scharfmacher im Lager der realen Ausbeuter.

Was haben die Terroristenschreier nun zu sagen? Das Volk hat alle Ursache, sich am 12. Januar dagegen zu schützen, daß auch noch die Gesellschaft — wie bereits angedeutet wurde — zum Koalitionsverbot der Großhausbetriebe wird. Schutz der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, Schutz des gesamten Volkes dem Terror der Scharfmacher, freie Bahn für den Aufstieg der Volksmassen zu höherer Kultur und darum Sicherung der arbeitenden Massen vor den schändlichen Verwundungen der Kapitalisten. Am 12. Januar fällt die Entscheidung.

Zur Tabakarbeiterausperrung.

Eine in Minden i. W. tagende Konferenz der Vertrauensleute der ausbeuterten Tabakarbeiter der Auslandsgebiete Westfalens, Hamburg-Altona und Bremen nahm Stellung zur Tabakarbeiterausperrung. Der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes, Reichmann, gab den Sachverhalt, wobei er darauf hinwies, daß momentan partielle Verhandlungen in den Differenzbetrieben geführt würden, um die Bahn zur Einigung zu ebnen. Nach anschließender lebhafter Debatte, in der scharf zum Ausdruck gebracht wurde, daß strenge darauf geachtet werden müsse, in diesen Verhandlungen annehmbare Resultate zu erzielen, wurde nachfolgender Resolution einstimmig zugestimmt:

„Die am 14. Dezember in Minden i. W. tagende Konferenz der Vertrauensleute des Tabakarbeiterverbandes, des Verbandes der Zigarrenarbeiter und Ristenbefeher Deutschlands und des Volkstarbeiterverbandes erklärt sich damit einverstanden, daß partielle Verhandlungen unter Hinzuziehung von Vertretern der Neumerkommission bei den betroffenen Firmen und darauf bei den Firmen, bei denen Lohnforderungen eingereicht, geführt werden, um eine Einigung herbeizuführen. Sie erwartet jedoch, daß für die in diesen Betrieben in Frage kommenden Arbeiter annehmbare Lohnzulagen gewährt werden. Die Neumerkommission erhält den Auftrag, in vorstehendem Sinne zu wirken.“

Christliche Rache. Zwei Mitglieder des christlichen Bergarbeiterverbandes wurden vom Schöffengericht in Bochum zu je einer Woche Gefängnis verurteilt, weil sie ihrer christlichen Nächstenliebe gar zu deutlichen Ausdruck gegeben hatten. Die beiden Christen hatten es nicht verschmerzen können, daß einer ihrer Verbandskameraden zum Deutschen Bergarbeiterverband übergetreten war. Sie wurden sich deshalb einig, den „Unwürdigen“ gelegentlich gehörig „abzugreifen“. Eines Tages stellten sie den „Rosen“ Uebergegangenen auf der Straße an. Dieser versuchte, ihnen mit einer kurzen Antwort aus dem Wege zu gehen. Darauf führten die Christen auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und verfolgten ihn, als er seiner Wohnung zuflüchtete, bis in das Haus, dort einen tumultuarischen Auftritt machend. Der Aufforderung des Ueberfallenen, sein Haus zu verlassen, leisteten sie keine Folge. Dieser Banditenstreich wurde vom Gericht, wie eingangs erwähnt, mit einer Woche Gefängnis als gesühnt betrachtet.

Parteiangelegenheiten.

Kommunalwahlfrage in Oberfranken.

Der mächtige Aufschwung, den die Sozialdemokratie im nördlichen Bayern in der letzten Zeit nahm, kommt deutlich zum Ausdruck durch eine Flut von Gemeinderatswahlen, die unsere dortigen Parteigenossen in den letzten Wochen erfochten. Derzeit drei Wochen besternde Brovort in Städten mit mehr als 4000 Einwohnern hat zur Folge, daß sich die Kämpfe um die kommunalen Mandate viel lebhafter entwickeln. Besonders ist das in den Städten der Fall. Doch wird durch diese lebhaften Gemeinderatskämpfe das bisher schlafende Interesse an den Gemeinderatswahlen auch in den kleineren Orten geweckt, und unsere Parteigenossen treten — meist zum ersten Male — mit in diese Wahlen ein. Die Folge ist eine Reihe überraschender Erfolge. In einzelnen Gemeinden wurden die Gegner glatt überrollt, andere Listen — die freilich nicht immer ausschließlich Partei-

genossen antworten — legten und mit befehlen die Gemeindevorkämpfer. Das war der Fall in Marktredwitz und vielen anderen kleineren Orten. In Städten mit mehr als 4000 Einwohnern hat jetzt die Sozialdemokratie wohl ausnahmslos ihren Einzug gehalten. In Marktredwitz wurde zum ersten Male ein Mandat gewonnen, in Bamberg deren drei, in Forchheim eins; die sozialdemokratischen Sitze vermehrten sich in Bayreuth von drei auf neun in Kronach von eins auf zwei, in Kulmbach von eins auf zwei. In Eitschendorf, im Herzen der schwarzen Oberpfalz, eroberten wir zwei Mandate, es sind dies in diesem vom Zentrum beherrschten Gebiete neben dem in Regensburg erfochtenen die ersten kommunalen Mandate der Sozialdemokratie. Überall zeigte sich ein festes Vorbringen der Partei, was um so erfreulicher und für die Partei bedeutsamer ist, als in Bayern bei den Gemeindevahlen die heillosen Massen zum allergrößten Teile nicht wahlberechtigt sind, da das Wahlrecht an den Besitz des Bürgerrechts gebunden ist, für das ganz unverhältnismäßige Gebühren (mitunter bis über 100 M.) gefordert werden.

Ausstellung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein (s. N. W. = „zur Reichstagswahl“):

- Am 2. Köln Reg.-W. 20.— 3. Cannstadt-Ludwigsburg 1. Du. 956,87, Ober-Barnim 1. Du. 138,62, Mansfelder Kreise 1. Du. 97,14, Rostock, 6. medl. Kreis 1. Du. 478,83, Ostpreignitz 1. Du. 5,44, 4. Blauen, 2. sächs. Wahlkr. 1. Du. 869,25, Sotau-Jork 1. Du. 397,30, Müßibauhen-Vangensalza 1. Du. 181,74, 7. Falkenberg D.-S. U. 2. 9.—, Berlin. Ueberich, einer Kranzlw. v. d. Koll. d. Fa. Franz Wigantzer, Kaiserin-Venusstraße 5 170, 2. bad. Kreis 90,58, Weg. Oberiangenbielau, 6. Wahlkreise 1. Du. (Clay-Schellichwerdt) 7,60, Waldenburg 497,70, Reichenbach-Neurode 511,34, Pirschberg 155,01, Landeshut-Fauer 184,1 und 72.— vom vorigen Quartal, Schweidniz-Striegau 415,89), Sa. 1583,64, Stendal-Oberurg 1. Quartal 234.—, Berlin, Kollegen der Firma Schwidinski, Prinzstraße, zur Reichstagswahl 10.—, 9. Berlin W. 50 R. 2. 10.—, Trojzen, Ost- und Westbergnberg 1. Quartal 65,00, Darmstadt-Groß-Oberau 1. Quartal 508,04, 3. schlesw.-holst. Kreis 1. Du. 240,92, 21. sächs. Kreis a.konto 1. Quartal 400.—, Verche 1 und II 1. Quartal 740,22, Neus-Grevenbroich 1. Du. 84,98, Arnshöhe-Diye-Melchbe 1. Du. 19,76, 10. Allena-Jericho 1. Quartal 149,92, Oldenburg-Stadt 1. Du. 232,38, 13. württ. Kreis 25,56, 11. Rheinbach-Ponn, Rest v. 1. Du. —, 62. Offenburg-Kell 1. Du. 74,46, 13. Kiel, 7. schlesw.-holst. Kreis 1. Du. 2903,75, Berlin, G. Str. 3.—, Hlenburg, 1. u. 2. schlesw.-holst. Kr. 1. Du. 413,14, Sonneberg-Saalfeld 1. Du. 233,13, Bremerhaven und 18. hann. Kr. 1. Du. 688,40, Karlsruhe-Buchsis 1. Du. 335,11, Schopfheim-Waldshut 3. bad. Kr. 1. Du. 46.—, 14. Berlin, Kranzüberich, v. F. brilarb.-Verk. Bezirk Weipenlee 12,50, v. d. Mügl. d. Wagenbauer, Bez. 10 u. R. W. 25.—, 15. Berlin Dr. A. 100.—, Sechserl. d. Fa. Vogel u. Co. 2 R. W. 10.—, Sechserl. d. Möbelfabr. Giche Vorkagenstr. 29 u. R. W. 10.—, Göttingen 10. württ. Kr. 1. Du. 40,74, Einungart 1. württ. Kr. 1. Du. 1982,28, 16. Müllrich-Thann Rest v. 1. Du. 4,96, 17. württ. Kr. 1. Du. 34,8, 8. medl. Kr. 1. Du. 60.—, 17. Hamm-Coestl 1. Du. 316,08, Laubheim 15. württ. Kr. 1. Quartal 44.—, Heiligenstadt-Worbis 1. Du. 3,96, Berl. Koll. d. Fa. Duse Bierbrau, 2. u. 3. Rate u. R. W. 21,25, 18. Graßheim 12. württ. Kr. 1. Du. 15,78, Leipzig 12. sächs. Kr. a. konto 500.—, 20. Bezirk München, 20. Kreise 1. Du. München I u. II 9361,25, Reichach 135.—, Jagoltsch 48.—, Wasserburg 13,20, Weihen 92,40, Rosenheim 209,62, Traunstein 61,52, Landsbut 57,18, Straubing 24,48, Rastau 22,74, Wartkirchen 16,74, Tegedort 13,38, Reihheim 3,62, Augsburg 274,68, Donaumüh 18.—, Tullnau 16,02, Jllernheim 38,64, Kaufbeuren 29,94, Immenstadt 109,74, Regensburg 95,30, Summa 4675,45, Mansfelder Kr. 1. Du. Rest 97,14, Berlin, Künzel 30.—, Bierprozent v. d. Arbeitern d. Georg Grauerischen Eisengießerei: Ut. II Alt-Stralau u. R. W. 20.—, Kastatt 8. bad. Kr. 1. Du. 28,22, Pforzheim-Durlach 9. bad. Kr. 1. Du. 587,54, Ober-Schleien 2 Kreise 1. Du. (Groß-Strehlig-Kreise) 6.—, Gleiwitz-Sublinig 20,02, Weuthen-Zarnowitz 100,68, Kattowitz-Jahrze 69,98, Pleß-Kognitz 9,30, Ratibor 22,02, Kreuzburg-Rosenberg 432, Oppein 13,92, Leobich 7,62, Sa. 213,84, Buchweiler i. G. 10. el.-lothr. Kreis, Rest v. 1. Du. 1,34, 23. Wolmirsch-Neuhaldensleben, Rest v. 1. Du. 0,50, Berlin, v. d. Benjundert 2. u. 3. R. W. 31, u. R. W. 1. Rate 13,65, Hamburg, für Binnenwasser 121,70, 24. Cleve-Geldern 1. Du. 14,30, Schwaburg-Sondershausen 1. Du. 147,69, Münster-Coestel 1. Quartal 36,24, Berlin, v. d. Koll. v. Tanneberg u. Quant 2. R. W. 14,30, 27. Kempen, 9. niederrhein Kreis 1. Quartal 35,66, Berlin, v. d. Koll. d. Fa. Schwarzloppf, Schraubenfabrik (Reinickendorf) 2. R. W. 10.—, v. Seingoverein „Blanne“ 2. R. W. 10.—, 28. Mecklenburg-Strelitz, 1. Quartal 69,12, Köln a. Rh. a. konto 1000.—, „Leinament“ 4000.—, 29. Berlin, von den Rotations-Arbeitern des Berliner Tageblatts“ zur R. W. 10.—, Waches 10.—, Fern B. 2. 50.—, Freiburg 5. badischer Kreis 1. Quartal 73,26, 30. Falkenhagen a. D. von einem ungarischen Landarbeiter 1.—, Berlin, v. Veronal 1. Drucker Emil Billig Nachf. 2. R. W. 18,70, Kontobucharbeiter v. Bedding 5.—, v. d. Benjundert 2. u. 3. R. W. 31 u. R. W. 2. Rate 12,20, Buchentisch 1.—, d. Schmuckmacher der Fa. Mohr u. Speier 10.—, Verl. d. Buchd. Technit 2.—, Knabe 3.—, Verl. d. Buchd. Luge u. Vogt 5.—, C. S. 100 u. R. W. 100.—, C. S. 2. R. W. 50.—, U. S. 50.—, M. 4.—, Lübeck 1. Du. 1015.—, Sobed für Binnenwasser 44, Bezirk Breslau 10. Wahlkreise 1. Du. (Gubrau-Steinau-Woblan 4,60, Müllisch-Trebnitz 37,84, Dels-Groß-Wartenberg 26,4, Krieg-Ramslau 8,54, Ohlau-Strehlen-Limbsch 99,78, Breslau-Land-Neumarkt 458,93, Neustadt D.-S. 21,94, Reisse 10,52, Glogau 27,6, Liegnitz-Goldberg-Sagan 350,76, Summa 1127,90, Weimig, Arcantien 5.—, Deltich-Bitterfeld 1. Quart. 554,62, 4. württ. Kreis 1. Du. 23,53, Wanzleben 1. Du. 4,20.—, Groß-Berlin a. konto jeder 8. Wahlkreise 50 000.—, Berlin dierie Beiträge 345,17.

Berlin, den 11. Dezember 1911.

Für den Parteivorstand:

J. R. Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7913, U. Gerlich, F. Ebert, H. Braun Berlin, Lindenstraße 3, beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Postschalter Beiträge bis zu 10 000 M. postfrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit angegebener Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Wrieg, 17. Dezember. Tausende Lebensretter. Vom Tode des Ertrinkens gerettet wurden freitags nachmittags zwei Knaben im Alter von 11 und 13 Jahren. Obwohl schon oft vor dem Betreten der sich jetzt bildenden Eiskrusten gewarnt wird, tummelten sich trotzdem mehrere Kinder auf den Wasserlöchern der Aue, nördlich der Schiefelände. Die noch sehr dünne Eisschicht lieferte der auf ihr ruhenden Last nicht lange Widerstand, und zwei Knaben, Daniel und Karzsch, verschwanden sofort unter der Oberfläche des Wassers. Ein am Ufer stehender Spielgefährte holte nun bei einer kühnenden Abteilung Soldaten Hilfe. Ohne langes Zögern räumten der Bischofswibel Karzsch und der Unteroffizier Morawe der 4. Kompanie des 157. Regiments an die Unglücksfälle und hielten sich, wie die „Brieger Zeitung“ berichtet, vollständig angeschlossen in das eiskalte Wasser, nach der beiden Jungen tauchten. Es gelang ihnen auch, mit Hilfe eines

in der Nähe befindlichen Mannes, die schon halb erstarrenen Körper an die Oberfläche und glücklich an das Ufer zu bringen. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Im Gasthof zum Schlachhof wurden die beiden Jungen vorläufig untergebracht. Die kühnen Lebensretter holten trotz der kalten Witterung in den wassertriefenden, halbgefrorenen Sachen aus der Stadt einen Arzt, um die Knaben in guter Obhut zu wissen Brauo!

Maltitz a. O., 18. Dezember. Die Beerdigung des so plötzlich aus dem Leben geschiedenen Amtsdirektors Loepfer fand am Sonntag auf dem heiligen Kirchhofe statt. Von nah und fern waren seine Freunde herbeigeeilt, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Die Spigen der Behörden, die Vereine, welchen der Verstorbene angehörte, waren sehr zahlreich vertreten. Neben dem Grafen Carmer war auch die sozialdemokratische Arbeiterkassette sehr stark vertreten, um dem toten Gegner das letzte Geleit zu geben. In der evangelischen Kirche wurde die Leiche eingeweiht und dann unter Gesang auf dem evang. Friedhof beigesetzt.

Kobersitz, 17. Dezember. Geflügel-Diebstähle. In der Nacht zum 15. Dezember wurden einer armen Witwe Bauer und dem Dampfzug-Meister Thieme je zwei Mastgänse gestohlen. Ein herbeigeholter Polizeihund konnte die Spur nicht verfolgen. Es wird vermutet, daß die Leiche sich zur Fortschaffung der Diebesbeute eines Wagens bedient haben. Da auch in den Nachbarorten in letzter Zeit Geflügel Diebstähle wiederholt vorgekommen sind, so scheint es sich um eine Diebesbande zu handeln, die planmäßig lüchelt.

Pirschberg, 18. Dezember. Selbstmord wegen Unterschlagung. Bei einer Treibjagd fand ein Arbeiter am Freitag nachmittag in einem dichten Gebüsch in der Nähe von Wellende die Leiche eines Mannes hängen. Die Leiche muß schon mehrere Tage dort gehangen haben, denn sie war bereits in Fäulnis übergegangen und von Raubzeug angegriffen. Von der Polizei wurde ermittelt, daß der Tote der Buchhalter Paul S. von hier war, der seit mehreren Tagen verschunden war. Er war beim Rohhäutereien zu Pirschberg, G. m. b. H., beschäftigt und hat in dieser Stellung Unterschlagungen begangen, deren Höhe bisher auf 500 Mark festgestellt worden sind.

Schweidniz, 18. Dezember. Nachklänge zur Industrie-Ausstellung. Die Garantiefondsbezeichnung von der Gewerbe- und Industrie-Ausstellung sind befristet. Es heißt, daß 40 bis 60 Prozent der Zeichnungen zu zahlen sind.

Bunzlau, 18. Dezember. Leichenfund. Im hiesigen Stadtwald wurde die Leiche eines 65-jährigen Mannes aufgefunden. In ihr wurde der frühere Landwirt Trautwein aus Breslau ermittelt. Er scheint einem Schlaganfall erlegen zu sein.

Groß-Graben, 18. Dezember. Gefahren der Arbeit. In der Sternbergischen Ziegelei verunglückte die unerschlickte, etwa 20 Jahre alte Arbeiterin Emma Wijothe aus Walters. Sie war am Ziegelstein in der Nähe eines Stoches unerschlickt. Ziegelstein beschleunigt, als plötzlich die etwa 1,80 Meter hoch aufgetauten Eiseln ins Wanken gerieten und die Unglückliche erschlugen. Die Vorrichtungen zum Schutz von Leben und Gesundheit lassen namentlich in den Ziegeleien viel zu wünschen übrig.

Sie-nig, 17. Dezember. Menschliches Wild. Bei einer dieser Tage auf der Gemarkung Vante, hiesigen Kreises, von dem Dominikpächter Schäferhake veranstalteten Treibjagd wurde durch einen an der Jagd teilnehmenden „Nimrod“ eine polnische Arbeiterin angeschossen. In beiden Beinen verlegt wurde sie in das hiesige Kreiskrankenhaus überführt. Ihre „Abschiebung“ nach der Heimat, die gemeinsam mit den anderen Landstleuten in den nächsten Tagen vor sich gehen sollte, wird dadurch allerdings unmöglich werden.

Wörlitz, 17. Dezember. Gasvergiftung. Vermutlich infolge Unachtsamkeit des Hauptrohres, welches unter dem Hause Steingeg 40 hindurchführt, drang Sonnabend nacht durch die Röhre Gas in die Parterrezimmern des 31-jährigen Kellners Blümchen und von dort durch Ritze in der Decke in die Wohnung der ersten Etage, welche von den Lindnerischen Eheleuten bewohnt wird. Frau Lindner fand durch die Einwirkung von Gas den Tod, während der Gatte, sowie der Kellner Blümchen bemußlos in den Betten aufgefunden wurden. Ein bei Blümchen wohnender Arbeiter hat anscheinend keinen Schaden erlitten.

Soran, 18. Dezember. Hohe Tierdärerei eines Studenten. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Student Fritz Gru wegen roher Tierdärerei zu verantworten. Auf eine Frage, die, wie zugegenhlich bewiesen wurde, am Bahndamm fleißig Mäuse gefangen und absolut nicht erwiderter hatte, sagte er seine beiden Jagdbunde. Das geängstigte Tier schlüpfte auf einen Baum, von dem es der Angeklagte herunterstieß. Die Hunde stürzten sich nun auf die Krage und zerrissen sie buchstäblich in mehrere Stücke. Obgleich der Gerichtshof in der Verhandlungswelt des Angeklagten eine große Mitleid, die offensichtliche Vergewaltigung erregt habe, erblühte, lautete dennoch das Urteil auf fünfzehn Mark Geldstrafe.

Mülsch, 15. Dezember. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier im Schlosspark. Der Arbeiter Schmidr aus Steflitz, mit dem Aufhängen einer alten Eiche beschäftigt, war sehr und fiel von ungefähr 10 Meter Höhe herab. Er war auf der Stelle tot.

Queten, 17. Dezember. Das entsetzliche Unglück auf dem Jelenkeer hierelbst erscheint in seinen Folgen leider noch trauriger als bereits berichtet. Als nämlich am Freitag bis zum Eintritt der Dunkelheit der 13-jährige Sohn des Maschinenführers Boanial noch nicht nach Hause gekommen war, befürchteten die Eltern, die von dem Ertrinken der Schulknaben Galantowicz und Galonska bereits erfahren hatten, ihr Sohn könnte auch ein Opfer des Eises geworden sein. Als dann die Kantonelle des Knaben in der Nähe des Ufers gefunden wurden, wurde die Befürchtung der Eltern eine schreckliche Gewissheit, auch ihr Sohn war mit den beiden anderen zugleich ertrunken. Erst Sonnabend mittag gelang es den Fischern, die Leiche des Wozniak zu landen. Der 16 Jahre alte Schüler, der beim Retten der Knaben auch eingebrochen war, liegt schwer krank darnieder.

Aus Oberschlesien.

Gärung unter den ober-schlesischen Bergarbeitern.

Am Donnerstag fand in Kattowitz eine Konferenz der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen, nämlich des alten Bergarbeiterverbandes (Sich Ratsum), des christlichen Gewerksvereins, der Polnischen Berufsvereinigungen und des katholischen Arbeitervereins (Abteilung Bergarbeiter) statt. Es wurde eingehend über die Lebenslage der ober-schlesischen Bergarbeiter beraten. Alle Vertreter genannter Organisationen waren der festen Ueberzeugung, daß im Vergleich zu der ungeheuren Lebensmittelerzeugung, Erziehung der Wohnungsverhältnisse u. die Löhne der ober-schlesischen Bergarbeiter unzureichend sind und eine Erhöhung derselben unbedingt notwendig sei. In Anbetracht der guten Kohlenkonjunktur und der Ermäßigung des Tarifs für Kohlentransporte sind die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen der Meinung, daß es den Grubenbesitzern sehr wohl möglich wäre, die Löhne der ober-schlesischen Bergarbeiter zu erhöhen. In der Konferenz kamen weiter zur Sprache die Arbeitsverlängerung durch Einführung von Lebenssicherheiten, das rigore Vergehen der Grubenbesitzer gegen die Bergarbeiter usw.

Nach eine Grabrede.

Die „Bergarbeiterzeitung“ berichtet aus Kattowitz im Oberschlesien über die Beerdigung des langjährigen Vertrauensmannes Franz Foginski. Foginski war Unfallinvalid und mußte unter hartem Mühen sich sein Leben lang sein Stück Brot verdienen und schon im blühenden Alter von 31 Jahren aus dem Leben scheiden. Als Vertrauensmann hat er gegen seine schwarzen Gegner einen harten Stand gehabt. Die Liebe und Achtung, die er sich erworben hatte, zeigte sich bei seiner Beerdigung, an der eine große Anzahl Arbeiter teilnahm.

Die Beerdigungsfestlichkeit hatte einen ruhigen Verlauf, bis auf — die Grabrede, die der Kaplan Grellich hielt. Er sagte:

„Suchet zuerst das Königlich Gottes und seine Gerechtigkeit. Ihr seid heute hier außerordentlich zahlreich erschienen. Ich weiß nicht, ob um den Toten zu ehren, oder aus Neugierde. Ich will hier diesen Toten nicht richten, denn er fiel nur als Opfer von raubritzerischen Wölfen, der sozialdemokratischen Agitatoren, die nur aus Geschäftsinteresse arbeiten... Was haben diese falschen Propheten ihm jetzt gegeben oder abgeholt? Nichts! Sie raubten ihm die Ruhe seiner Seele und den heiligen Glauben.“

„Duldsam“ sind nun einmal die katholischen Pfarrer, das muß man ihnen lassen. Ob der Verstorbene als Mensch seine Pflicht getan, kümmert den Vertreter der christlichen Liebe nicht. Die Grabrede spricht so für sich und gegen den Pfarrer, daß jedes weitere Wort darüber nur ihre Wirkung abschwächen würde.

Ratibor, 18. Dezember. Vom Schwurgericht. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Bahnhofsverwalter Peter aus Vauerwitz wegen Amtsverbrechens zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und den Bäcker Dgizowski aus Sohrau, der seine Ehefrau erschlagen hat, zu sechs Jahren Zuchthaus.

Weuthen O.S., 18. Dezember. Wie Du mir, so ich Dir. Auf der Großen Blottnastraße sind der Bauer Scheffczyk und der Arbeiter Grotz in ein Landgemeines Nachdem Grotz dem Scheffczyk ein Stück von der Ohrmuschel abgebissen hatte, gewann Scheffczyk wieder die Oberhand und bis dem Grotz fällt die ganze rechte Ohrmuschel ab. Ein Polizeibeamter machte dem Streu ein Ende. Grotz nahm sich die abgebissene Ohrmuschel in ein Stück Papier und ging damit nach dem Feuerlöschdepot, wo ihm ein Notverband angelegt wurde. Dann mußte er dem nächsten Krankenhaus zugeführt werden.

— Grubenunfälle. Auf der Anbalustengrube kam der Monteur Wrafer aus Kattowitz mit dem elektrischen Strom in Verührung und erlitt erste Brandwunden. — Durch Verchlüftung wurde der Grubenarbeiter Walerka auf der Gemüthgrube am Rückgrat und an den Beinen schwer verletzt. — Die Grubenarbeiterin Witeloch aus Deutsch-Bielar geriet auf der Neuhofgrube zwischen zwei zusammenstößende Hör erzwungen und trug schwere Verletzungen an den Armen davon. Sämtliche wurden ins Knappschaftslazarett überführt.

Weuthen, 18. Dezember. Achtung, falsches Geld! Verächtlich wurden in den letzten Tagen in ganz Oberschlesien falsche Geldstücke angehalten. Insbesondere waren es 5-Mark und 2-Markstücke. Es hat den Anschein, als ob eine Falschmünzergilde sich in Oberschlesien niedergelassen oder es zum mindesten zum Abgabebiete ihrer Falschmünzen aufsehen hat. Dem Geldwechsel ist erhöhte Beachtung zuzuwenden.

Ratiborschütze, 18. Dezember. Aus dem Fenster gestürzt. Der stürzte aus noch unbekannter Ursache aus dem Fenster des ersten Stockwerks des Anwalts-Viktoriastr. in der Charlottenstraße die 31 Jahre alte Frau Julie Piechajel und jag sich so schwere Verletzungen zu, daß sie nach einigen Stunden starb.

Ratiborschütze, 17. Dezember. Wasserverbrauch der Stadt. Im Betriebsjahr 1910/11 hat unsere Stadt im ganzen ausschließlich des städtischen Schlachthofes 131 963 Kubikmeter Wasser, das von dem Wasserverk. Adolfschacht bei Tarnowitz bezogen wird, verb. auch davon gehen ab 473 043 Kubikmeter Wasser, das die Gemeind. u. Neuheidul, Schwientochlowitz, Charlottenhof, Chorow und Wenzlowitz erhalten. Der Stadtwasserverbrauch betrug daher 846 882 Kubikmeter gegen 829 640 Kubikmeter im Vorjahre. Auf Tag und Kopf entfallen 31,9 Liter.

Rosdzin, 17. Dezember. Wieder eine Armuts- tragödie. Auf der Halde zu Tode verbrannt ist eine dem Arbeiterstande angehörende etwa 50 Jahre alte Person mit blondem Vollbart, deren Personalien bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnten. Als vorgehen früh die Haldearbeiter auf ihrer Arbeitsstelle eintrafen, saßen sie unten einen glimmenden Körper und machten kurze Zeit darauf die schreckliche Entdeckung. In der Nähe befand sich eine Kaffeekanne mit ein paar Brocken Brot. Der Anzug war die untere Hälfte verbrannt, auch wies der Tote starke Verbrennungen auf. Der Unfall ereignete sich in der Nähe der Haldestelle der Kleinbahn Baano. Es wird vermutet, daß der Verunglückte sich vor Kälte schützen wollte, wobei ihn das Schicksal ereilte.

Krafft sich bei einer solchen Mitteilung nicht das Herz jedes Menschenfreundes zusammen? Mühte da nicht jeder einzige seine ganze Kraft einsetzen und beitragen helfen, diese erbarmlichen Zustände zu beseitigen. Die gewerkschaftliche und polnische Organisation ist dazu in der Lage, darum hinein in diese. Alle Arbeiter müssen Kämpfer für Menschenrechte und bessere Lebensbedingungen werden.

Thurzolowitz, 18. Dezember. Ein Wüßling wurde hier in der Person des 32-jährigen, verheirateten Bergmanns Kolnilt von der Fugozwangergrube ermittelt. Durch Geiselnahme er Schulmädchen zu verlocken ihm in die Getreidefelder zu folgen, wo er sich an ihnen verging. Bei einem der Opfer, der 11 1/2-jährigen U. W. haben sich Folgen eingestellt.

Wyslowitz, 18. Dezember. Ein schwerer Blutvergiftung ist die Frau Grünberger von hier erkrankt. Sie hatte sich eine Verletzung am rechten Fuße zugezogen, die bald so schlimm wurde, daß die Frau ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Briefe

Quaifan. Das Holz müssen Sie zurückhalten; ersuchen Sie die Polizei darum.

Neustadt. Sonntags dürfen die Wahlflußblätter auf Straßen und Plätzen nicht verteilt werden; das ist nach der Versammlungsverordnung vom Jahre 1896 verboten. Aber in den Häusern ist die Verteilung auch Sonntag erlaubt.

B. B., Oidebrandstraße. Wer nicht in der Liste steht, bekommt vom Wahlkomitee ein Schreiben mit der Bitte, im amtlichen Wahlbureau den Eintrag zu erheben. Das gilt selbstverständlich nur für die Wähler, die sich auf ein Formular zum gemeinschaftlichen Eintragen eintragen ließen.

E. H. Nach § 70 des Einkommensteuergesetzes wird die Staatssteuer nicht erhoben von den Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes mit einem Einkommen bis 3000 M. für die Monate, wo sie im aktiven Dienst stehen. Da Sie vom 23. September bis 6. Oktober üben, muß Ihnen also die Staatssteuer für September und Oktober erlassen werden. Wenden Sie sich mit einem Gesuch an den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Beratschungs-Kommission.